Was brauche ich viele Worte? Sehen Sie um sich, Genosse. Ach, sehen Sie sie in sich selbst und ins Exekutivkomitee! Sehen Sie in alle Länder Europas.

Lesen Sie die Zeitung der British Socialist Party, jetzt die der Kommunistischen Partei. Lesen Sie zehn, zwanzig Exemplare dieser Zeitung, lesen Sie die schwache Kritik an den Gewerkschaften der Labour Party, den Parlamentsmitgliedern, und legen Sie diese neben die Zeitung der „Linken". Vergleichen Sie die Zeitung der Partei, die zur Labour Party gehört, mit dieser, die sie bekämpft, und Sie werden wissen, daß der Opportunismus in großen Massen sich der 3. Internationale naht. Um wieder (durch Unterstützung der konterrevolutionären Arbeiter)-Macht zu bekommen im Parlament Macht! . . . nach dem Muster der 2. Internationale. — Bedenken Sie auch, daß die USP. bald in die 3. Internationale kommen wird, und bald zahlreiche andere Parteien vom Zentrum! Glauben Sie, daß, wenn Sie diese Parteien zwingen, Kautsky, Thomas usw. usw. auszustoßen, nicht eine Unmenge, Zehntausende, andere Opportunisten kommen? Die ganze Maßregel dieses Anstoßes ist kindisch. Eine ungezählte Masse von Opportunisten naht.[1]) Besonders nach dieser ihrer Broschüre.

Und, Genosse, was ist, schon jetzt, aus den Betriebsräten geworden in Deutschland? Sie und die Exekutive und die dritte Internationale hatten den Kommunisten geraten, hinein zu gehen mit allen anderen Richtungen, damit sie die Führung der Gewerkschaften bekämen. Und was ist geschehen? Das Umgekehrte. Die Betriebsräte-Zentrale ist schon fast zu einem Werkzeug der Gewerkschaften geworden! Die Gewerkschaften sind ein Oktopus, der alles Lebendige, das in ihren Bereich kommt, erwürgt.

Genosse, lesen, untersuchen Sie selbst alles, was in Deutschland, in Westeuropa geschieht, und ich habe alle Hoffnung, daß Sie zu uns herüber kommen werden. So wie ich auch denke, daß die Erfahrung die dritte Internationale zu unserer Taktik bringen wird. —

Aber, wenn der Opportunismus so in Deutschland geht, wie wird er dann in Frankreich und England gehen!

Sehen Sie, Genosse, das sind die Führer, die wir nicht wollen. Das ist die Einheit von Masse und Führer, die wir nicht wollen. Und das ist die eiserne Disziplin, der militärische Kadavergehorsam, die wir nicht wollen.

Ein Wort sei hier zum Exekutivkomitee und in ihm speziell zu Radek gesagt: Das Exekutivkomitee hat die Stirn gehabt, um von der KAPD. zu fordern, daß sie Wollheim und Laufenberg ausstieß, statt diese Frage ihr zu überlassen. Es hat die KAPD. mit Drohungen empfangen und die Zentrumsparteien, wie die USP., umschmeichelt. Aber es hat von der italienischen Partei nicht gefordert, daß sie die Sozialpatrioten hinauswirft! Es hat von der KPD. nicht gefordert, daß es die Zentrale hinauswirft, die durch ihr Angebot mitverantwortlich ist für das Niederkartätschen der Kommunisten im Ruhrgebiet. Es hat von der holländischen Partei nicht gefordert, daß sie Wynkoop und van Ravesteyn auswirft, die im Kriege der Entente holländische Schiffe angekauft haben. Daß bedeutet nicht, daß ich wolle, daß diese Genossen hinausgeworfen würden. Nein, ich halte alle diese Genossen für gute Genossen, die nur geirrt haben, weil die Entwicklung, der Anfang der westeuropäischen Revolution so schrecklich schwierig ist. Wir, wie alle Ihr, werden noch viele große Fehler machen. Außerdem würde das Auswerfen jetzt in dieser Internationale nichts helfen.

Ich weise nur darauf hin, um noch wieder mit einem neuen Beispiel zu zeigen, wie sehr der Opportunismus schon in unseren eigenen Reihen wütet. Denn die Moskauer Zentrale hat nur darum diese Ungerechtigkeit gegen die KAPD. begangen, weil sie für ihre opportunistische Weltpolitik die wirklich Revolutionären nicht wollte, aber die opportunistischen Unabhängigen usw. Sie hat die Taktik von Wolfheim und Laufenberg, obschon sie wußten, daß die KAPD. damit nicht einverstanden war, absichtlich gegen die KAPD. gebraucht. Nur aus den eiendsten opportunistischen Gründen. Weil sie, wie die Gewerkschaften, so die politischen Parteien, weil sie Massen um sich haben will, selbst sie kommunistisch oder nicht.

Zwei andere Taten der dritten Internationale beweisen auch deutlich, wohin sie geht. Die erste ist die Absetzung des Amsterdamer Bureaus, der einzigen Gruppe revolutionärer Marxisten und Theoretiker in Westeuropa, die nie gewankt hat. Die zweite, fast noch schlimmere, ist die Behandlung der KAPD., der einzigen Partei in Westeuropa, die, als Organisation, als Ganzes, von ihrem Entstehen an bis jetzt, die Revolution geführt hat, wie sie geführt werden soll. Indem die Zentrumsparteien, die Unabhängigen, das französische und englische Zentrum, die die Revolution immer verraten haben, mit allen Mitteln gelockt werden, werde die KAPD., die wirkliche revolutionäre, wie ein Feind behandelt. — Das sind schlechte Zeichen, Genosse.

Mit einem Wort: Die zweite Internationale lebt noch, oder wieder, unter uns. Und ins Verderben führt der Opportunismus. Und weil er dahin führt und weil er unter uns ist, stark, sehr stark, stärker, als ich je geträumt hätte, darum muß die Linke da sein. Auch wenn die anderen guten Gründe für ihr Dasein nicht bestünden, müßte sie da sein als Opposition, als Gegengewicht gegen den Opportunismus.

Ach, Genosse, wenn Sie der Taktik der „Linken" in der dritten Internationale gefolgt hätten, die nichts anderes ist als die „reine" Taktik der Bolschewiki in Rußland, aber dann den westeuropäischen (und nordamerikanischen) Verhältnissen angepaßt!

Wenn Sie als Forderungen und Statuten für die dritte Internationale vorgestellt und durchgeführt hätten die ökonomische Organisation in Betriebsorganisationen und Arbeiter-Unionen (in welchen industrielle Verbände, auf den Betrieben fußend, wenn nötig, eingefügt hätten werden können) und die politische Organisation in Parteien mit Verwerfung des Parlamentarismus!

Dann hätten Sie erstens in allen Ländern feste, absolut feste Kerne, Parteien, bekommen, die die Revolution wirklich ausführen könnten. Die durch ihr eignes Beispiel in ihrem eigenen Lande und nicht durch Drang von außen die Massen allmählich um sich gesammelt haben würden. Dann würdet ihr Ökonomische Organisationen bekommen haben, die die konterrevolutionären Gewerkschaften (syndikalistische und freie) zerschmettert haben würden.

Und dann würdet Ihr mit einem Schlag allen Opportunisten den Weg abgeschnitten haben. Denn diese haben nur dort etwas zu suchen, wo Mogelei mit der Konterrevolution zu finden ist.

Dann hättet Ihr aber auch — und das ist bei weitem die Hauptsache — die Arbeiter in sehr hohem Maße, so weit das jetzt in diesem Stadium möglich ist, zu selbständigen Kämpfern gemacht.

Sehen Sie, Lenin, und Sie Sinowjew, Bucharin und Radek, dies getan, diese Taktik gewählt hätten, mit ihrer Autorität und Erfahrung, mit ihrer Kraft und Genius, und Ihr hättet uns geholfen, um die Fehler, die uns noch anhalten und die auch in unserer Taktik noch sind, auszumerzen, dann würden wir eine dritte Internationale bekommen haben, innerlich voll kommen fest, äußerlich unerschütterlich, die durch ihr Beispiel allmählich das ganze Proletariat der Welt um sich gesammelt und den Kommunismus errichtet hätte.

Sicher, es gibt keine Taktik ohne Niederlagen. Aber sie würde die wenigsten erlitten und sich am leichtesten wieder aufgerichtet haben, sie würde den kürzesten Weg gegangen sein und den schnellsten, sichersten Sieg errungen haben. Die Ihrige führt zu langandauernden Niederlagen des Proletariats.

Aber Ihr habt dies nicht gewollt, weil Ihr sofort, statt bewußte entschlossene Kämpfer, teilweise oder ganz unbewußte Massen wolltet.

[1]) An einem Tage kamen (in Halle) 50 000 neue Mitglieder unter Führern, die Sie selbst noch vor kurzem schlimmer als die Scheidemänner genannt haben.

Rußland

Die „Charte der Arbeit" und der Faschismus

„Im vorigen Herbst wurde ich an irgendeinem Tage vom „Duce" (Mussolini) zum üblichen Vortrag über die Gewerkschaftsarbeit befohlen. Nachdem sich der „Duce" meine Ausführungen über einige Schwierigkeiten beim Abschluß von Kollektivverträgen, insbesondere von Reichsverträgen, angehört hatte, bemerkte er lebhaft: Nun, dann ist eben notwendig, eine Charte der Arbeit zu entwerfen, die darin bestehen wird, daß einige bestimmte, für alle Kategorien und Landesteile gültige Normen gefunden werden, wobei es den interessierten Organisationen überlassen bleiben soll, sich über die Momente zu einigen, die geändert werden können."

In dieser Weise schildert das Haupt der faschistischen Gewerkschaften, Rossini, die Entstehungsgeschichte der letzten Urkunde faschistischer Weisheit, der Charte der Arbeit. Die Führer der faschistischen Gewerkschaften, denen Mussolinis Gesetzgebung jede Möglichkeit nimmt, der Offensive des in Italien glänzend organisierten Kapitals Widerstand zu leisten, klammerten sich selbstverständlich mit Freude an die Idee der Charte und erklärten mit verlogenem Pathos, der ihnen nun schon zur lieben Gewohnheit geworden ist: die Charte ist ein Weltereignis, ein nie dagewesener revolutionärer Akt von umwälzender Bedeutung für die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital usw. In Erwartung der kommenden Dinge formulierte Mussolini die Forderungen der faschistischen Gewerkschaften und den Text des Mustervertrages, der in die Charte aufgenommen werden und somit den Arbeitern gewisse Mindestrechte sichern sollte. Die wichtigsten Forderungen des als Muster gedachten Mantelvertrags lauteten:

1. Ueberwachung der Einstellung von Arbeitskräften durch die Arbeiterverbände mit Hilfe eines besonderen, den faschistischen Gewerkschaften jeweils angegliederten Nachweises. Die Unternehmer entsenden in den „Aufsichtsrat", der die einzelnen Abteilungen des Nachweises zusammenfaßt, ihre Vertreter. 2. Anerkennung des Rechtes der Unternehmer, Geldstrafen im Höchstbetrage von einem Sechstundenlohn, Arbeitsentziehung für die Höchstdauer von drei Tagen, und bei Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin fristlose Entlassungen ohne Entschädigung zu verfügen. 3. Einführung des Achtstundentages „mit allen Abweichungen und Ausnahmen, die vom Gesetz vorgesehen sind", und Lohnzuschlag für die Nachtschichten. 4. Einstellung neuer Arbeiter zu den Lohnbedingungen, die in den betreffenden Branchen oder Abteilungen des Betriebs üblich sind. 5. Periodische Revision der Löhne in Verbindung mit den Veränderungen des Preisindexes, zumindest alle zwei Jahre. Aufrücken der Arbeiter in eine höhere Lohnstufe nach Maßgabe ihres Dienstalters im jeweiligen Betriebe. Garantierte Akkordlöhne im Höhe von $^{1}/_{5}$ des Grundlohnes. 6. Nach einem Jahre 6 Tage Urlaub. Arbeiter, die nicht wegen eigenen Verschuldens entlassen werden, erhalten eine Beihilfe im Mindestbetrage von zwei Tagelöhnen pro Arbeitsjahr. 7. Oertliche Schlichtungskommissionen aus Vertretern der Belegschaft und der Betriebsleitung zum Schutz gegen willkürliche Betriebsbrechungen seltens der Unternehmer. — Rossini hoffte, daß diese Forderungen in der Charte verankert werden würden. Freilich, in einem Lande, wo „die Gleichheit der Arbeit und des Kapitals" proklamiert ist, wo „der Klassenkampf abgeschafft ist", wo es keine Unternehmer und Arbeiter, sondern nur noch „gleichberechtigte Erzeuger" gibt, waren seine Forderungen mehr als bescheiden.

Doch auch seine gemäßigten Forderungen erwiesen sich für den „arbeiterfreundlichen" Großen Rat der faschistischen Partei als unannehmbar. Schon die flüchtige Prüfung der Mussolinischen Charte der Arbeit ergibt, daß keine der angeführten Forderungen in den Text der Charte aufgenommen worden sind. Das Büro für Einstellung von Arbeitskräften ist dem Einfluß der faschistischen Gewerkschaften vollständig entzogen. „Nur der Staat ist berechtigt, die Arbeitslosigkeit zu erfassen und zu überwachen," heißt es in der Charte der Arbeit. Die Frage des Achtstundentages wird überhaupt nicht erwähnt, dafür aber die „gewissenhafte und vorbehaltlose" Innehaltung der Arbeitszeit einseitig nur den Arbeitern zur Pflicht gemacht. So und ähnlich finden die Forderungen der faschistischen Gewerkschaften keine Berücksichtigung. Selbst die Einrichtung von Schlichtungskommissionen in den Betrieben wird grundsätzlich abgelehnt.

Die Charte der Arbeit stellt vorläufig nicht eine Gesetzesurkunde dar, sondern nur eine Deklaration der Faschistischen Partei Italiens. Die faschistische Presse mag sich drehen und winden wie sie will, sie mag immer wieder betonen, daß die Charte mehr ist als eine „gesetzgebende Handlung", die Tatsache bleibt bestehen, daß Unternehmer, die sich weigern, die in der Charte festgelegten Normen zu erfüllen, juristisch deswegen nicht belangt werden können. In dieser Beziehung sind sich die Unternehmer, die ja auch nicht gewohnt sind, die Bestimmungen der Kollektivverträge zu beachten, über die praktische Bedeutung der Charte sehr wohl im klaren. Beispiele ließen sich genug anführen, und selbst Rossini beleuchtet die juristische Ohnmacht der Charte sehr deutlich. Als man ihn nach den Ursachen des allgemeinen Lohnabbaues fragte, erklärte er diese Tatsache mit der Notwendigkeit der Preissenkung, um sodann hinzuzufügen: „Da viele Grundbesitzer und gleichzeitig die Unternehmerorganisationen sehr eifrig einen Lohnabbau forderten, überlegte ich, daß sie mit demselben Eifer für diejenigen Arbeiterkategorien Verträge schließen werden, für die solche noch nicht bestehen. Die Parole der faschistischen Gewerkschaften lautet: Kürzung der Löhne um 10 Prozent und gleichzeitig Abschluß von Kollektivverträgen, wo solche noch nicht existieren." („Corriera della Sera", 24. 6. 27.) Mit anderen Worten: die faschistischen Gewerkschaften müssen den Unternehmerorganisationen besondere Kompensationen in Form von Lohnreduzierungen anbieten, damit sie dem Abschluß von Verträgen zustimmen, obwohl die Charte freilich verspricht, daß überall Generalverträge abgeschlossen werden sollen.

Das ist der praktische Wert jenes Teiles der Charte, der als konkrete Aufgabe die Regelung der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital hat. Was bleibt da von dem allgemeinen Teil der Charte zu sagen, in dem verkündet werden das Prinzip des „korporativen Staates" und der „Freiheit der Gewerkschaften", die „juristische Gleichheit der Arbeiter und Unternehmer", indem bekundet wird, daß „der Techniker, Angestellte und Arbeiter aktive Mitarbeiter des Unternehmens sind", „der Kollektivvertrag der konkrete Ausdruck der Solidarität der verschiedenen Produktionsfaktoren ist" usw. Das ganze den verstaubten Deklarationen und Resolutionen der faschistischen Partei und Gewerkschaften entlehnte Phrasengedresch wird nach wie vor dem Kapital nur als Kulisse für die brutale Ausplünderung und Enteignung der Arbeiter und des Kleinbürgertums für die weitere und noch verstärkte Offensive gegen die Volksmassen dienen.

Gegenwärtig wird diese Offensive in breiter Front geführt. Es ist bekannt, daß nach dem Erscheinen der Charte der Arbeit die Regierung einer Kategorie Staatsangestellten die Teuerungszulage strich und der anderen um 20 bis 60 Prozent kürzte, um später diese Maßnahme auf die Gemeindearbeiter und die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben auszudehnen. In Brescia inszenierte der Generalsekretär der faschistischen Partei mit den Vertretern der Landarbeiterorganisationen ein „freiwilliges" Abkommen über den Abbau der Löhne um 10 Prozent. Die faschistischen Behörden, Parteiorgane usw. zwangen die Arbeiterorganisationen in den anderen Städten, dem „großmütigen Beispiel" zu folgen.

Das offizielle Organ der faschistischen Gewerkschaften erklärt die gewaltigen Lohnstreichungen mit der Absicht, das Betriebskapital der Industrie um mehrere Milliarden zu erhöhen. Wer sonst auch immer, die Unternehmer haben jedenfalls keinen Grund, sich über die Charte der Arbeit zu beklagen. Die Bedeutung der Charte ist deshalb in Italien vollständig geklärt. Die faschistische Presse schreibt vor Freude fast erstickend, ganz offen, daß nur der korporative Staat, dessen Grundsätze in der Charte niedergelegt sind, im ganzen Lande auf Befehl von oben das Wunder des (für die Bourgeoisie) reibungslosen Lohnabbaues bewerkstelligen konnte. Nun ist die wunderwirkende Urkunde auch vor das Forum des internationalen Arbeitsamtes gebracht worden. Auf der Internationalen Arbeitskonferenz spendeten die Regierungs- und Unternehmerdelegierten Rossini lebhaften Beifall. Die faschistische Charte der Arbeit ist also nicht nur für den inneren Gebrauch (in Italien) bestimmt, sondern auch für den äußeren, als musterhafte Waffe zur Unterdrückung der Arbeitermassen im internationalen Maßstabe. Die Faschisten beschlossen sogar, dem internationalen Arbeitsamt den küstlerisch in Kupfer gestochenen Text der Charte der Arbeit als Geschenk zu überreichen. Albert Thomas, der dieses Geschenk annahm, wollte demnach an dieser faschistischen Schöpfung die Zeremonie der internationalen Weihe.

Die Vertreter des internationalen Kapitals horchten interessiert auf das neue Wort des faschistischen Wunderwerkes, das Versöhnung des italienischen Proletariats mit ihrer Heimat" verspricht in den Ohren der Kapitalisten wie verlockende Musik klingt, und die heuchlerischen Klagen von Jouhaux und Oudegeest über den faschisten Terror, die Verletzung der heiligen Prinzipien der Demokratie und der Mechanismus des faschistischen korporativen Staates muß die Aufmerksamkeit der „den Frieden im Innern herbeisehnenden" Hyänen des internationalen Imperialismus auf sich lenken. Nicht umsonst lobte Churchil, der im Frühjahr dieses Jahres Italien besuchte, die Errungenschaften des Faschismus über den grünen Klee. Und tatsächlich, was kann „einfacher" und erstrebenswerter sein, als ein System, daß die Gewerkschaften „gleichberechtigt, juristisch anerkennt und ihre Freiheit unangetastet läßt," aber immer unter der Voraussetzung, daß die Leitung vom bürgerlichen Staat ernannt wird, daß der Vermittler zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern der ebenfalls vom bürgerlichen Staat ernannte Minister der Korporationen ist, und daß die endgültige verbindliche Schlichtung der Arbeitskonflikte Richtern obliegt, die wiederum vom Staat ernannt werden? Ist das nicht ein Ideal der Bourgeoisie?

Das Verlockendste an diesem Mechanismus ist jedoch, daß er (welch Wunder) existieren und funktionieren kann . . . ohne die Arbeitermassen, ohne ihren Willen, ihre Stimmen. So unwahrscheinlich das klingt, es ist doch Tatsache, der Faschismuß scheut sich nicht, sich dieser Eigenschaft des korporativen Staates zu rühmen, zumindest verheimlicht er nicht, daß die Massen gegen den korporativen Staat neutral sind. Ein solches Eingeständnis machte Mussolini in seiner Parlamentsrede im Juli: „Mit den Verbänden sind wir uns einig. Man darf aber nicht zu große Illusionen bezüglich des sogenannten städtischen Proletariats hegen. Es steht uns noch sehr fremd gegenüber. Wenn es bereits nicht mehr gegen uns ist, wie früher, so ist es doch uns gegenüber gleichgültig." Diese Worte sprach Mussolini in dem Augenblick, als die internationale Konferenz tagte und die Faschisten auf dem internationalen Markt für ihre Charte Reklame machten. Der sich jetzt schon ungeniert benehmende Faschismus demonstriert, vom britischen Weltgendarm unterstützt und vom Pulverdampf berauscht, der Welt verzückt die Vorzüge der neuesten Methoden der bürgerlichen Diktatur. Den Fuß im Nacken des wehrlos am Boden liegenden italienischen Proletariats, proklamiert der Faschismus die Losung: „Ohne die Massen, gegen die Massen unter dem Schutze falscher Dokumente, falscher Gewerkschaften und falscher Deklarationen" — und schwenkt dabei triumphierend die „Charte der Arbeit".

Proletarisches Notizbuch

Im Ausschuß des Reichstags wird gegenwärtig mit Volldampf ein neues Strafgesetz fabriziert, das der Klassenjustiz eine festere Grundlage geben soll. Oesterreich soll mit einbezogen werden, da der „Fortschritt" beiden Ländern gemeinsam ist, was die österreichische Klassenjustiz nach dem Wiener Aufstand bestätigt.

Bei den Berliner Straßenbahnern macht sich Streikstimmung bemerkbar. Die Gewerkschaften arbeiten fieberhaft an der „Aufrechterhaltung des Friedens".

Amnestie. Vor dem Schwurgericht in Bielefeld wurde am 20. 9. gegen den ehemaligen Leutnant Linsenmeier wegen vorsätzlicher Tötung verhandelt. Als Gerichtsoffizier beim faschistischen Freikorps Roßbach ordnete er im Ruhrgebiet an, daß zwei gefangene Arbeiter ohne Gerichtsverfahren erschossen wurden. Der Feldwebel Block sagte vor dem Schwurgericht aus, daß er von Linsenmeier den Befehl zum Erschießen der Arbeiter erhalten habe. Das Gericht verkündete die Einstellung des Verfahrens, und zwar auf Grund des Amnestiegesetzes.

Von „Recht" wegen. Der Justizverbrecher Jürgens, der mit den brutalsten Mitteln gegen proletarische Untersuchungsgefangene vorging, hat jetzt einen Schadenersatzanspruch von 30 000 Mark beim preußischen Staat eingereicht. Sie sollen als Entschädigung dafür dienen, daß ihm durch die Anklage des Meineids, Versicherungsbetrugs usw. Schäden entstanden sind.

Eine neue „Jugarbeiterdelegation" soll neben der „dritten Arbeiterdelegation" an der Feier des 10. Jahrestages der russischen Revolution teilnehmen, um auf die deutschen Proletarier losgelassen zu werden. Sie bringt natürlich ebenfalls die „Wahrheit" über Rußland.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Izsdonat, Berlin O 17.

Bestell-Zettel!

Ich bitte hiermit um 2 malige kostenlose Probezustellung der

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 16, Lausitzer Platz 13 zu senden.

Name: . . . . . .

Ort: . . . . . .

Straße: . . . . . .

8. Jahrg. Nr. 76 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 18. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, Oktober 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,20 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Hindenburg-Rummel

Wenn der Präsident der Demokratischen Republik in seiner Tannenbergrede die „Kriegsschuldfrage" aufrollte, und die gesamte Bürgerblockregierung sich damit solidarisierte, wenn Herr Stresemann in Genf in einem „Interview" dieselbe „verständlich" zu machen sucht, wenn am 2. Oktober alle Register gezogen werden, um die nationalistischen Instinkte zu entfesseln: so kann nur ein bemitleidenswerter Trottel blind für solche „Zufälligkeiten" sein. Hier liegt ein bestimmtes Programm und eine bis in alle Einzelheiten festgelegte Regie vor, die jene „Blamagen" und „Schädigungen der deutschen Außenpolitik", von der der „Vorwärts" stammelt, sehr wohl in Rechnung stellt. In Rechnung sind auch gestellt die Antworten Poincarés, Barthous, Jaspars usw., der deutsche Imperialismus bläst zum Sammeln als Vorbereitung zum Angriff, und selbst der hölzernste Militärknochen ist sich dessen bewußt, daß dieser Stoß in die Trompete bei dem „Feind" kein Echo auslösen wird, das ein Lob für die „Klugheit" der deutschen Außenpolitik darstellen wird. Es handelte sich vielmehr um eine bewußte **Demonstration des deutschen Imperialismus**, der sich der Konsequenzen dieser Demonstration vollkommen bewußt ist.

Die sogenannte „Kriegsschuldfrage" ist bekanntlich jener Punkt, auf dem das „moralische Recht" des Diktats von Versailles aufgebaut ist: Daß es sich hier um keine „moralische" Entrüstung handelt, darüber läßt die deutsche Bourgeoisie selbst nicht den geringsten Zweifel. Der Appell an das „Recht" ist lediglich ein Appell an die spießerhafte Sentimentalität, und bringt die Sozialdemokratie — die Partei der deutschen Spießbürger — arg in Verlegenheit. Sie kann nicht umhin, das „Unrecht" selbst einzugestehen, sie hält dem nur entgegen, daß man in Anbetracht der realen Kräfteverhältnisse an diesem „Unrecht" noch nicht rütteln dürfe, es vielmehr ein Gebot politischer Klugheit sei, das Kreuz noch eine Weile in Geduld auf sich zu nehmen. Ein solcher „Grundsatz" ist vom Standpunkt der Arbeiterklasse deshalb unsinnig, weil das Proletariat im Kampf um seine Ziele niemals etwas gemein haben kann mit der Bourgeoisie: sein Kampf vielmehr ein Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie ist. Vom Standpunkt der Bourgeoisie aus gesehen ist diese Golgatha-Politik politische Knochenerweichung; die selbst bei der deutschen Bourgeoisie und ihrem kleinbürgerlichen Nachtrab auf die Dauer keinen Boden finden kann, weil das Bekenntnis zu dem „aufrechten Mann" nichts kostet, und diese „aufrechten" Untertanen ja gar nicht durchschauen, daß diese moralische Entrüstung nur eine geschickte Taktik ist, um den Kurs, den die deutsche Bourgeoisie steuert, zu verschleiern.

Es dreht sich natürlich nicht um moralische Bewegründe, die Moral des Kapitalismus ist der Profit! Mit dieser moralischen Geste, mit der die Spießer eingelangen werden sollen, soll das „Unrecht" des Versailler Vertrages von neuem aufgerollt und von diesem „Unrecht" das Recht auf Entbindung an der Erfüllung dieses Vertrages abgeleitet werden. Die deutsche Bourgeoisie weiß natürlich sehr wohl, daß jene „Rechts"fragen eben Machtfragen sind, und daß sie jenes „Unrecht" so stark fühlt, liegt daran, daß sie sich schon stark genug fühlt, den Drohungen Poincarés zum Trotz ihre „moralische Offensive" fortzusetzen. Dabei weiß sie sehr wohl, daß auf einen Hieb kein Baum fällt, und daß im Moment noch keine praktischen Erfolge möglich sind. Aber das ist auch gar nicht beabsichtigt. Beabsichtigt ist lediglich innerpolitisch die Atmosphäre zu schaffen, die Kräfte zu konzentrieren, die für dieses Ziel eingesetzt werden sollen. Die deutsche Bourgeoisie weiß sehr genau, sie braucht das Haus nur anzustecken, dann tragt die Sozialdemokratie nicht mehr danach, wer den Brand verursachte, sondern sie denkt nur noch an das Löschen, wie 1914. Es spielt auch gar keine Rolle, ob angesichts der nationalistischen Welle der veilchenblaue Pazifismus, wie bei den Hamburger Wahlen, äußerlich Zulauf erhält. Kinder, die sich einmal die Fingerchen verbrannt haben, scheuen natürlich das Feuer. Aber die Entwicklung der Verhältnisse macht auch die sich noch sträubenden Kleinbürger letzten Endes zu Gefangenen ihrer eigenen Ideologie. Wenn die Stunde kommt, wo die Entwicklung jene Pazifisten aus Taktik, nicht aus Prinzip, vor die Entscheidung stellt: entweder für das „deutsche Vaterland", oder für den „Erbfeind", ist naturnotwendig gar kein Zweifel möglich. Die **Klassenfrage** scheidet für diese Parteien vollkommen aus. Die Linie in der Außenpolitik der Sozialdemokratie und der Bürgerblockregierung war und ist dieselbe.

Die Führer der „einzigen Arbeiterpartei", die sich merkwürdigerweise am wohlsten fühlen in der Gesellschaft der sozialdemokratischen Bonzen, überschlagen sich gegenwärtig wieder mal vor Radikalismus. Sie hatten für den 2. Oktober große Straßendemonstrationen angesetzt, um den schwarzweißroten und schwarzrotgelben Hindenburg-Gratulanten zu zeigen, daß Berlin immer noch „rot" ist.

Um dafür die nötige „Kampfstimmung" zu erzeugen, mußten sich die KPD.-Strategen von den sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Führern erst die üblich kräftige politische Abfuhr holen. Die Parolenmühle der KPD. klappert nämlich am besten, wenn die reformistischen Bonzen als die Sündenböcke der bankrotten leninistischen Einheitsfronttaktik angeprangert werden können.

Die Ablehnung der SPD. war aber nur der erste Akt jenes politischen Theaters, das die KPD. mit dem proletarischen Klassenkampf schon seit Jahren immer wieder spielt. Was dann folgte, war deshalb nur die altbekannte Regie. Die KPD. und ihre Nebenorganisationen riefen allein auf zur „Massendemonstration gegen den Hindenburg-Aufmarsch des Bürgerblocks, selbstverständlich noch unter der Parole des „Massendrucks auf die reformistischen Instanzen" („der ADGB. muß"). Der RFB. spannte schon fieberhaft alle Kalbsfelle und putzte alle Schalmeien, um am Hindenburg-Sonntag mit der Parade der schwarzweißroten Kriegervereine auch konkurrieren zu können.

Doch der Schlußakt des leninistischen Einheitsfrontspiels ist diesmal wieder so verlaufen wie am Stahlhelmtag. Der Berliner sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel hat die KPD.-Demonstration „wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit" verboten, und der preußische Innenminister Grzesinski hat das Verbot bestätigt. Und zwar aus denselben Gründen wir vor mehreren Wochen das Verbot einer nationalistischen Demonstration gegen eine Reichsbannerkundgebung in Potsdam: es soll am 2. Oktober Reibereien zwischen roten und schwarzweißroten Frontkämpfern vorgebeugt werden.

Es war mit hundertprozentiger Sicherheit vorauszusehen, daß am kommenden Sonntag jede gegen die Hindenburg-Kundgebungen gerichtete Demonstration verboten werden wird. Alle Welt weiß, daß auch die sozialdemokratischen Minister und Polizeipräsidenten viel zu treue Bürger des kapitalistischen Staates sind, um mit **eigenen Füßen die Gesetze der formmalen Demokratie zu zertreten.** Alle Welt weiß, daß die sozialdemokratische Realpolitik gerade darin besteht, jeder politischen Richtung bei bestimmten Anlässen das sog. Recht auf die Straße zu gewähren, um so den Frieden in der demokratischen Republik zu sichern. Und zu welch bequemen Konzessionen dieser Weg der „politischen Gleichberechtigung" auch führt, — für die reformistischen Organisationsbesitzer und ihre Staatsbeamten ist der Schutz der Hindenburg-Demonstrationen immer noch das kleinere Uebel im Interesse der bürgerlichen Demokratie.

Auch die KPD.-Führer sind natürlich nicht so dumm, dies nicht zu wissen. Sie haben — schon auf Grund ihrer früheren Erfahrungen — ebenfalls mit dem Verbot ihrer Straßenkundgebungen am Hindenburg-Sonntag rechnen müssen und sicher auch damit gerechnet. Ja, sie haben sogar darauf gewartet, wie auf eine politische Erklärung. Denn als die deutschnationale „Kreuzzeitung" vom Polizeipräsidenten das Verbot der KPD.-Demonstration forderte, gebärdete sich die „Rote Fahne" so wild, als hätte sie geradezu Angst, daß das Verbot ausbleiben könne. Die „Rote Fahne" versicherte denn auch, daß Zörgiebel seine bevorstehende Maßnahme schon in einer Konferenz der Berliner Journalisten mitgeteilt habe. Es ist doch höchst auffallend: die KPD.-Führer nehmen erst immer dann den Mund so voll, wenn sie über polizeiliche Gegenmaßregeln ganz bestimmte Informationen haben. Das war vor dem Stahlhelmtag so, und auch jetzt.

Eins steht jedenfalls fest: die KPD.-Zentrale hat im Ernst selbst nicht daran geglaubt, daß ihre Demonstrationen am Hindenburg-Sonntag erlaubt werden. Sie hat diese ihr bekannte wichtige Tatsache aber dem Proletariat verschwiegen, um die Massen bei der Fahne der scheinrevolutionären leninistischen Politik halten zu können. Denn die KPD.-Führer dachten und denken ja gar nicht daran, dem Hindenburg-Block die revolutionäre Klassenfront des Proletariats entgegenzustellen. Dann würden sie nämlich nicht immer wieder um die Einheitsfront mit den sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Bonzen betteln, sondern die Arbeitermassen zur Stellung und Zerschlagung der kapitalsschützenden reformistischen Organisationen anfrufen. Die KPD.-Führer jedoch, die die Amsterdamer Gewerkschaften verteidigen und parlamentarische Illusionspolitik treiben, veranstalten Demonstrationen nur, um zu bluffen. Die proletarischen Massen sollen in den Glauben versetzt werden, daß sie für ihr Klassenziel des Kommunismus demonstrieren, während sie in Wirklichkeit doch nur die Gefangenen der konterrevolutionären Gewerkschaftsbeamten und damit der Sozialdemokratie sind. Und wenn eine solche „revolutionäre" Demonstration verboten wird, dann um so besser für die KPD. Dann kommen die leninistischen Führer auf höchst billige und ungefährliche Weise zu einem roten Glorienschein, mit dem sie den Bankrott ihres Einheitsfrontheaters wieder für eine Zeitlang verdecken können.

Was die KPD. dem Hindenburg-Rummel entgegensetzte, war nur ihre sattsam bekannte Bluff-Politik. Damit kommt das Proletariat nicht vorwärts, sondern immer tiefer in den reformistischen Sumpf. Der Bürgerblock muß eine Antwort erhalten, die eine offene Kampfansage an den kapitalistischen-Klassenstaat und seine parlamentarisch-gewerkschaftlichen Stützen darstellt. Das heißt: die reformistisch-kapitalistische Einheitsfront kann nicht mit den Gewerkschaften und der SPD. geschlagen werden, sondern nur gegen sie — durch die zusammengeballte Klassengewalt der in revolutionären Betriebsorganisationen vereinigten Arbeitermassen. Und das Kampfziel des Proletariats ist nicht ein Wechsel der Regierung, nicht Flickarbeit am Kapitalismus, sondern gewaltsamer Sturz der bürgerlichen Klasse, Aufhebung des Privateigentums und kommunistischer Aufbau durch die Waffe der proletarischen Rätediktatur.

Das nur ist moderne Klassenkampfpolitik, die das Proletariat zum Siege führt.

Klassenkampf-Politik oder Bluff?

Wieder einmal die KPD.

Der Streit geht lediglich darum, ob der offene Kampf, oder die Maskierung durch den Pazifismus schneller zum Ziele führt. Die Außenpolitik eines kapitalistischen Staates kann eben nur eine imperialistische sein, offen oder verschleiert. Sie muß unweigerlich bei gegebener Gelegenheit zu kriegerischen Zusammenstößen führen. Der deutsche Imperialismus steht die Zeit gekommen, wo er offen auftreten kann. Die Front seiner ehemaligen „Feinde" ist von eigenen Gegensätzen zermürbt. Die Niederwerfung des Proletariats im eigenen Lande gab ihm zeitweilig die Arme frei, auf den Knochen der Arbeiterklasse die Restauration durchzuführen und den Zusammenbruch von Krieg und Inflation — der erste gescheiterte Vorstoß gegen den Versailler Vertrag — zu überwinden

mit im Verderben stürzte, und der in dieselben Bahnen steuert, weil die Bedingungen, unter denen er sich vollzieht, wenn auch auf höherer Basis, so doch grundsätzlich dieselben sind. Es steht wieder vor der Frage, ob es im Schlepptau des Reichsimismus, dem Zwillingsbruder des Nationalismus, blind ins Verderben stürzen, oder ob es die blutigen Lehren eines vierjährigen Wahnsinns beherzigen, aus ihm lernen und sich rüsten soll für seine Aufgabe als Klasse.

Es kommt bei der heutigen Lage hinzu, daß noch eine dritte Partei mit im Spiele ist, die Geister zu verwirren, und so die Lage eine noch komplizierterre ist, wie vor dem Kriege: das ist die Sektion Moskaus.

Die Geheimdiplomatie der sogenannten Randstaaten, um die einerseits England und Frankreich, anderseits Rußland buhlt, und die heute in der „Sowjet"-Front, morgen in der „Antisowjet"-Front stehen, wird von der drohende Geste des deutschen Imperialismus gen Osten hin wesentlich beeinflußt werden. Das nächste Ziel des deutschen Imperialismus ist die „Befreiung" Oberschlesiens und des Memellandes, und der deutsche Imperialismus kann sich bei seinen Unternehmungen dabei auf die Moskauer These von dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker" stützen. Er findet so in der Theorie Moskaus ein für ihn sehr brauchbares Werkzeug, die Ideologie des Proletariats zu vergiften. Diese Schwächung Polens, schon die Bedrohung Polens durch den deutschen Imperialismus, kommt der russischen Regierung ungeheuer gelegen. Ein Angriff auf Polen kommt in der Tat einer Entlastung und damit einer „Verteidigung" des „Arbeiterstaates" gleich! Mit Litauen und Deutschland ist Rußland bekanntlich durch Verträge verbunden, und Moskau wird die deutsche Bürgerblockregierung um so mehr ermuntern, je hartnäckiger sich der französische Imperialismus zu der formellen Anerkennung stellt. Das deutsche Proletariat steht also nicht nur der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie gegenüber, sondern auch der III. Internationale, deren Interessen die Interessen Rußlands sind, und die denen des Proletariats entgegenstehen.

Angesichts der schiefen Lage, in die durch die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze auch die KPD. kommt, wäre es geradezu belustigend, ihre vollkommene Hilflosigkeit auszukosten, wenn es nicht um die Zukunft des deutschen Proletariats ginge. Die KPD. beschloß eine „Demonstration" gegen die Hindenburg-Parade, und kalkuliert bei diesem Beschluß das Verbot dieser Demonstration sofort mit ein. Nachdem das Verbot programmäßig ausgesprochen ward, wird der Zörgiebel mit Protesten bombardiert. Auch da ist einkalkuliert, daß diese „Proteste" in den Papierkorb wandern. Mit einer solchen „Politik" des einen Tags auf den anderen will die KPD. das Proletariat für Entscheidungen vorbereiten! Der Erfolg ist, daß das Proletariat blind gemacht wird für die wirklichen Zusammenhänge, um es so, wenn im Ernstfalle die Front Rußland-Deutschland hergestellt werden soll, leichter unter die Fahne des Nationalismus zu bringen, unter der dann die „Verteidigung" des Arbeiterstaates vor sich gehen kann.

Das Proletariat muß an dieser Hindenburgiade lernen, daß die Entwicklung des Kapitalismus seine Logik auch da hat, wo sie dem Proletariat abgeht. Moskau und Amsterdam sind die letzten Reserven des Kapitalismus und Imperialismus. Der Kampf gegen den Kapitalismus und Militarismus beginnt mit der bewußten Trennung des Proletariats von der Bourgeoisie und ihren Helfershelfern. Dieses Versäumnis bezahlte das Proletariat 1914 mit Hunderttausenden der besten seiner Klasse. Nur ein kleiner Teil des Proletariats hat bis heute die Lehren aus der blutigen Vergangenheit praktisch gezogen und sich in der Allgemeinen Arbeiter-Union und KAPD. organisiert. Wenn das Proletariat diesem Beispiel nicht rechtzeitig folgt, wird es obendrein noch die Lehren aus diesem Versäumnis ziehen müssen, wenn die Geschichte als die unbestechliche und unerbittliche Lehrmeisterin von neuem einen blutigen Kursus in materialistischer Geschichtslehre erteilt.

Politische Rundschau

Schwarz-rot-gold siegreich!

Zu dem Kampf zwischen schwarz-rot-gold kontra schwarz-weiß-rot ist folgender überwältigende Sieg des ersteren zu registrieren, wobei wir unseren Lesern empfehlen möchten, folgenden Original-Siegesbericht aus dem „Vorwärts" mit aller Ruhe zu genießen.

„Das Berliner Hotel „Der Kaiserhof" hatte gelegentlich eines Essens des Kongresses der Fachpresse am Donnerstag Flaggenschmuck angelegt und an der Flaggenstange in der Mitte des Hauses die preußische Flagge gesetzt. An der rechten Ecke des Gebäudes war eine große schwarzweißrote Flagge angebracht, an der linken eine schwarzrotgoldene. **Die preußische Regierung hat unter diesen Umständen geglaubt, von einer Teilnahme an dem Essen im Hotel Kaiserhof Abstand nehmen zu müssen.** Von preußischer Seite war angeregt worden, statt der schwarzweißroten Flagge die in der Verfassung vorgesehene Handelsflagge, d. h. die schwarzweißrote Flagge mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke zu setzen. Nachdem von der Hotelleitung dieser Vorschlag abgelehnt worden war, **hat das preußische Staatsministerium von einer Teilnahme an den Veranstaltungen im Hotel Kaiserhof abgesehen.**"

Hier sehen die Proleten, die zum Frühstück ihre Bolzen hinunter würgen, oder die Arbeitslosen, die vor Hunger nicht wissen, wo sie die Miete herbekommen sollen, wenigstens eine Tat. Wir sind überzeugt, daß sich ihre Gedärme sofort beruhigen, wenn sie lesen, daß das preußische Staatsministerium sich dort den demokratischen Bauch voll schöner Sachen füllt, wo die schwarz-rot-goldene Fahne an der richtigen Stelle flattert. — Wir sehen ganz ab von den Arbeiter-Mitgliedern der Sozialdemokratie, die die Ehre haben, einer Partei anzugehören, die mit solcher Todesverachtung für das Proletariat kämpft, und denen ihre Führer mit solcher Aufopferung vorangehen. Sie sind aufrichtig zu beneiden.

Die Abstimmungsmühle

bei den Berliner Straßenbahnern.

Die Berliner Straßenbahner haben mit übergroßer Mehrheit den Streik beschlossen. Nachdem sie also beschlossen hatten, kam der Schlichter und fällte einen Schiedsspruch. Nachdem der Schiedsspruch gefällt war, erklärten die Gewerkschaftsführer, daß nun erst die Erklärungsfrist ablaufen müsse. Derweilen kann aber eine neue Abstimmung über den Schiedsspruch vorgenommen werden. Wenn diese vorgenommen ist, und der Schiedsspruch mit dem Stimmzettel abgelehnt wird, kommt der sozialdemokratische Schlichter Wissel und erklärt den Schiedsspruch — wenn er den Unternehmern paßt — für verbindlich. Nach der Verbindlichkeitserklärung ist der Streik verboten, und die Straßenbahner sehen so, wie schon doch so eine Wirtschaftsdemokratie ist. Und dieses Narrenspiel kann beliebig lange fortgesetzt werden, wenn die Proleten sich an den gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Plunder kehren, anstatt, wenn sie schon weiter nichts wollen, als ein paar Pfennige mehr Lohn, dieser Demokratie einfach ihren Dreck vor die Füße zu werfen, und ihren Streik selbst zu entfesseln und zu führen.

Die Reinigung der bolschewistischen Partei

Von Bolschewisten.

WTB. Moskau, 29. September. Die Presse veröffentlicht einen Beschluß des Präsidiums der Moskauer Kontrollkommission der Kommunistischen Partei über den Ausschluß von 14 Oppositionellen aus der Partei wegen der Gründung einer illegalen parteifeindlichen Organisation, die sie gemeinsam mit einer Gruppe parteiloser Intellektueller vornahmen, die zum Teil offen mit sowjetfeindlichen Elementen in Beziehungen standen. Diese Organisation besaß eine Geheimdruckerei, in der geheime Parteidokumente der Opposition vervielfältigt wurden. An der Spitze dieser Organisation standen alte Anhänger Trotzkis, darunter Mratschkowski, Vorsitzender eines Moskauer Trusts, der die Geheimdruckerei leitete und den dort beschäftigten Parteilosen geheime Parteidokumente sowie parteifeindliche Schriftstücke zur Verfügung stellte.

•

Was man dort alles „parteifeindlich" nennt, darüber herrscht gar kein Zweifel. „Parteifeindlich" ist alles, was mit dem Kulaki-Kurs nicht einverstanden ist. Wenn die Opposition ihr Material druckt, hat man sogleich eine „geheime Druckerei" entdeckt. Für die primitiven Geister, die dem Ekki noch nachleben, genügen solche Gruselmärchen. Für die diversen „Arbeiterdelegationen" muß man jedoch rechtzeitig aufräumen, damit ihnen ja nichts in die Finger fällt, was einen Fetzen Wahrheit enthalten könnte. Zum „Hoch"rufen und zum Singen der „Internationale" ist dies auch nicht nötig.

Erbauliches aus den schwedischen Gewerkschaften

In einem früheren Artikel haben wir auf den Terror der skandinavischen Gewerkschaften hingewiesen, den dieses, das fast die gesamte Arbeiterschaft in ihnen organisiert ist, ausüben. Ein weiteres Beispiel aus Schweden.

Die Stockholmer Maurer sind restlos organisiert. Ihre Gewerkschaft regelte den Lohnkampf des Frühjahrs. Allerdings darf nur eine kleine Zahl Maurer lernen, so wenig, daß kein „alter" Maurer aufs Straßenpflaster braucht. Der Arbeitgeber, der gegen den Willen der Arbeiter Lehrlinge beschäftigte, würde glatt boykottiert und ohne Maurer sein.

Diese Methode scheint auf den ersten Augenblick bestechend. In Wirklichkeit ist sie Hungerblockade gegen das heranwachsende Proletariat. Sie verallgemeinert, daß also die Gewerkschaften aller Länder und aller Branchen den Nachwuchs „regulierten", hieße, daß die Kinder der meisten Gewerkschaftler selbst — ohne Beruf bleiben. Außerdem erzeugt diese Methode einen solchen Berufsfanatismus, daß er für die Klassensolidarität und das Klassenbewußtsein der ärgste Feind ist. Abgesehen davon, daß solche Methoden im Weltmaßstabe Utopie sind.

Der diesem Berufsgegensatz, der aus dieser verbohrten „Berufspolitik" in allen Gewerkschaften entsteht, hier in Skandinavien auf Grund der „Macht" besonders fühlbar ist, ein weiterer Beweis aus ebendemselben Lande.

Im Sommer 1925 streikten in Skromberger (Skane) die Bäcker. Als man zum Boykott der Waren seitens der Gewerkschaften aufforderte, lehnten die Grubenarbeiter dieses Bezirks das ab mit der Motierung, daß die Bäcker schon so hohe Löhne hätten, eine Erhöhung naturnotwendig eine Brotpreiserhöhung zur Folge hätte und sie (die Grubenarbeiter) bei ihren niedrigen Löhnen nicht noch höhere Brotpreise bezahlen können.

Gibt es eine deutlichere Desavouierung des konterrevolutionären Charakters der Gewerkschaften? Wie in früheren Artikeln nachgewiesen, sind zunächst sie national, boykottieren jeden ausländischen Klassengenossen, der Arbeit bekommt. Und die Gewerkschaften über die Grenzen hinaus existiert keine internationale Arbeiterklasse und kein Proletariat im Lande. Für sie existiert nur der Beruf. Für den Maurerverband nur die Maurer (verreckt ihr anderen), für den Bäckerverband nur die Bäcker. Die Gewerkschaften sind zwar mächtig, aber da jede nur für ihre Berufskollegen kämpft, so gibt's auch in diesem Lande der 95 Prozent Gewerkschaftsorganisation die üblichen Hungerlöhne. Man verlangt wohl Boykott von dem schlechtbezahlten Grubenarbeiter für die Erhöhung der — verhältnismäßig gegenüber diesen — hohen Löhne der Bäcker, aber Bäcker und Maurer denken nicht an den Kampf für die Erhöhung der Löhne der Grubenarbeiter, getreu der Parole: Rette sich, wer kann. Gewerkschaftslogik, -politik und -dünkel.

Die internationale Arbeiterklasse mag sich ein Beispiel an diesen Ländern gewerkschaftlichen Einflusses nehmen und nur eine Antwort haben: Zerstörung der Gewerkschaften und damit aller Berufsinteressen. Schaffung von Betriebsorganisationen als die Organisation der Klasse und Organisierung des Kampfes um die Beseitigung der Ausbeutung, also Uebernahme der Macht.

Die Linke der bolschewistischen Opposition und ihre Plattform

Die Kapitulationserklärung der Oppositionsführer vom Oktober vorigen Jahres war der äußere Grund für den Anfang einer Differenzierung in den Reihen der bolschewistischen Opposition. Am Vorabend des Plenums des bolschewistischen ZK. ging diese Entwicklung bereits soweit, daß die Linke im Zusammenhang mit der Oppositionskampagne es ablehnte, ihre Unterschriften unter den Brief der 83iger zu geben, und sie traten mit eigener Plattform auf. Ueber den Inhalt dieser ausführlichen Plattform (sie ist über 80 Seiten stark), datiert vom 2. Juni 1927 können wir nur auf Grund einzelner Zitate urteilen, die das bolschewistische Organ, „Die Prawda", zur Begründung ihrer Kritik wiedergibt. Deshalb sehen wir uns gezwungen zum Zwecke unserer kritischen Betrachtung der Plattform der Linken, sie aus den einzelnen und verschiedenen Nummern der „Prawda" zu rekonstruieren.

Der Grundgedanke der Plattform ist die Unmöglichkeit eines sozialistischen Aufbaues für das rückständige Rußland allein.

„Die technische Rückständigkeit — heißt es dort — unseres Landes und das aus ihr folgende niedrige Nieveau der Arbeitsproduktivität ist das größte Hemmnis auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus. Infolge dieser Rückständigkeit ist uns der Uebergang zu einer wirklich sozialistischen Produktion (wobei der Arbeiter von Arbeitskraft zum Herrn der Produktion und der Warencharakter der Produktion vernichtet wird) ohne die Hilfe der fortgeschrittenen Länder, ohne die Weltrevolution unmöglich."

Die ökonomische Politik der Bolschewiki und ihre Ergebnisse bestätigen das.

„Die Politik des ZK. auf dem Gebiete der Industrie ist soweit mit kleinbürgerlichen Tendenzen durchdrungen, daß sie nicht mehr imstande ist, die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zu lösen, sie kann auch nicht für des Landes notwendige Entwicklung der Produktionskräfte sorgen."

Nach der klassenzerrissenen kleinbürgerlichen Tendenz auf dem Gebiete der industriellen Politik verstärkt sich die Kulakentendenz der Dorfpolitik.

Nach der Plattform ist die Linie des ZK. in der Dorfpolitik „ihrem Wesen nach" eine Kulakenlinie. „. . . . Die Linie, die sich auf „unsere Produzenten" richtet, verwandelt sich unvermeidlich, ungeachtet aller guten Wünsche in eine Linie, die sich nach dem Kulak richtet." Diese Kulakenlinie führt dazu, daß „die Entwicklung der Produktionskräfte in der Landwirtschaft unaufhaltsam in kapitalistischer Richtung vor sich geht."

„Die Macht der Kulakenelemente wächst schnell. Der Kulak hat schon große ökonomische Zugeständnisse bekommen in Form der Zulassung der Lohnarbeit und der Pacht des Grund und Bodens . . . Der Kulak hat Zutritt in den Genossenschaften bekommen und seine Bedeutung ist dort schon so stark, daß er zu ihrer teilweisen Eroberung übergeht. Er hat Zutritt zu den Sowjets bekommen. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Kulaken im Dorfe, sein Einfluß in den Dorfsowjets und in den Sowjets überhaupt, wächst immer mehr und mehr."

Ueber die Lage der Arbeiterklasse und ihr Verhältnis zur bolschewistischen Politik heißt es:

„Sowohl die Tatsache, daß die Steigerung des Arbeitslohnes zum Stillstand gekommen und zeigt sogar eine sinkende Tendenz, während die Arbeitsproduktivität in der ganzen Zeit um mehr als 15 Prozent gestiegen ist. Gleichzeitig erstarkte der administrative Druck der Wirtschaftsorgane auf die Arbeiter. die Befugnisse der Administrativen wurden erweitert und verwirrt. Dies alles führt zur wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiterklasse. Die Liquidierung der innerparteilichen und zugleich auch der proletarischen Demokratie im Jahre 1923 war nur ein Vorwand zur Entfaltung der bäuerlichen „Kulaken"-Demokratie.

Die Politik des ZK. fesselt nicht nur die Aktivität des Proletariats, sondern entfesselt zugleich auch die Aktivität der nichtproletarischen Klasse . . . ."

„Dank dieser Politik des ZK. entsteht bei den Arbeitern das Gefühl der Täuschung und des Mißtrauens gegen die Sowjetmacht."

Die Auswirkung dieser Entwicklung ist die Bürokratisierung und die Verbürgerlichung des Staatsapparates.

„In den letzten drei Jahren wurden infolge der falschen Politik des ZK. die negativen Seiten des Apparates vielfach gestärkt. Der Einfluß des Kleinbürgertums hat zugenommen, der Kulak erhielt politische Rechte (Zutritt zu den Sowjets). Die bürokratischen Verzerrungen sind soweit gediehen, daß sich in ihnen bereits Elemente einer kleinbürgerlichen Entartung offen kund tun."

Ueber die Armee und die Tscheka wird konkret folgendes ausgeführt:

„Eine besonders gefährliche Lage entsteht in der „Roten Armee". Der Kommandeurstab der Roten Armee ist trotz der Forderungen des Parteiprogramms bezüglich der Notwendigkeit der klassenmäßigen Geschlossenheit und der möglichst engen Verbindung der militärischen Formationen mit den Fabriken, Gewerkschaften und mit den Organisationen der Dorfarmut und der Ergänzung des Kommandeurstabes in der ersten Zeit, wenigstens des unteren Kommandeurstabes, aus dem Kreise der klassenbewußten Arbeiter und Bauern, — zum bedeutenden Teile aus alten Offizieren und aus großbäuerlichen Elementen zusammengesetzt. Die Beschränkung der Teilnahme der nichtwerktätigen Elemente an der Armee wird immer mehr aufgehoben. In den territorialen Formationen, besonders in den berittenen, herrscht die wohlhabende Bauernschaft, und auf den unteren Posten hauptsächlich das Kulakentum vor. Was die Kommunistischen Roten Kommandeure anbelangt, so muß sich bei ihnen die Bürokratisierung der Partei und die Lockerung der Verbindung der Partei mit den Arbeitern auswirken. Der Einfluß des Proletariats auf die Armee geht zurück. Unter solchen Verhältnissen droht die Rote Armee sich in ein geeignetes Werkzeug für bonapartistische Abenteuer umzuwandeln."

„Sogar die Tätigkeit der OPU. (staatspolitische Verwaltung), der Nachfolgerin der Tscheka, die im Kampfe gegen die Konterrevolution eine der entscheidenden Aufgaben zu erfüllen haben und die diese Aufgaben auch glänzend erfüllt hat, verläßt heute in der Atmosphäre der allgemeinen Bürokratisierung den Weg der Verteidigung der proletarischen Revolution. Anstatt des Kampfes gegen die politische und ökonomische Konterrevolution beginnt sie ihre Tätigkeit immer mehr auf den Kampf gegen die durch die bürokratischen kleinbürgerlichen Entgleisungen hervorgerufene berechtigte Unzufriedenheit der Arbeiter — ja sogar auf den Kampf gegen die innerparteiliche Opposition zu richten."

Nach diesen Feststellungen gibt die Plattform der Linken folgende Verallgemeinerungen über den Klassencharakter der bolschewistischen Macht und Politik:

Eine Fortsetzung dieser Politik muß bewirken, daß die Macht der proletarischen Diktatur, die sich immer mehr und mehr von der Klasse loslöst (die sie erzeugt hat, zugleich aber auch die Interessen keiner anderen Klasse voll und ganz zum Ausdruck bringt, sich in eine über den Klassen stehende, zwischen den Klassen laviernde Macht verwandelt, die lavieren wird, je nachdem welche Klasse momentan einen stärkeren Druck auf sie ausübt; die Fortsetzung dieser Politik droht, die Macht der proletarischen Diktatur — um mit den Worten Engels zu sprechen — in eine solche Macht zu verwandeln, die für eine Zeit eine gewisse Selbständigkeit von beiden Klassen als scheinbare Vermittlerin zwischen ihnen erhält."

Ueber die Entartung der bolschewistischen Partei und das dort herrschende Regime wird gesagt:

„Auf dem Gebiete des innerparteilichen Aufbaus reduziert sich die Politik des ZK. nach dem Tode Lenins (?) auf eine ununterbrochene Bürokratisierung der Partei. Parallel damit entwickelt sich schnell der Prozeß der Entartung ihrer Spitzen. Das innerparteiliche Regime fährt zur Entartung der Spitzen der Partei und droht mit der Liquidierung der Partei als Avantgarde des Proletariats. Das ZK. hört auf ein Organ der Partei zu sein, umgekehrt es verwandelt die Partei in ein Instrument zur Durchführung seiner Politik, die es allein und unabhängig von ihr bestimmt.

Die Plattform unterstreicht, daß das ZK. „seine Organisationsbindungen mit der Arbeiterklasse zerschneidet, und sich in ein staatsbürokratisches Organ verwandelt, und daß „wenn die erfolgreich eingeleitete Liquidation der Partei bis zu Ende durchgeführt wird, so wird sich das jetzige ZK. in einen eigentlichen Typ bonapartistischer Regierung verwandeln."

Deshalb stellt die Plattform der Linken folgende Thesen zur Führung des Kampfes gegen die Stalinisten auf:

„1. **Der Kampf innerhalb der Partei bekommt einen Klassencharakter.** Bei ausbrechendem Kampf wird auf Seiten Stalins die gesamte Beamtenarmee sein, auf der Seite der Opposition der Arbeiterteil der Partei."

2. **„Der Kampf kann sich nicht auf den innerparteilichen Rahmen beschränken.** Man kann die Stalin-Gruppe und die sie unterstützende Kleinbourgeoisie nur dann überwinden, wenn sich die Opposition die aktive Sympathie und Unterstützung der Arbeiterklasse sichert."

3. „Man darf die Augen nicht verschließen vor den Schwierigkeiten des bevorstehenden Kampfes, man muß klar sehen, daß eine Niederlage möglich ist, und muß auf eine solche vorbereitet sein, **um sofort einen Kern zu bilden, der im weiteren die Sache der proletarischen Revolution verteidigen wird."**

4. **Trotzki-Sinowjew begreift dies nicht.** Er verwirrt die Opposition durch Hoffnungen auf eine Radikalisierung Stalins, verkleistert den wirklichen Umfang der Meinungsverschiedenheiten zwischen der Opposition und der Partei (der Stalin-Spitze) **und will keine klare politische und taktische Linie geben.** Das zersetzt die Opposition." der Unruhe und Störung, die dadurch entstand, wurde ein Weißer erschossen. Der Bericht von diesem Totschlag verursachte große Erregung und zog das Niederlagen und Erschießen vieler Neger nach sich." 79 Neger wurden verhaftet und einer Untersuchung unterworfen. 12 wurden zum Tode, die übrigen zu langen Jahren Gefängnis verurteilt. Schließlich wurde die Sache dieser Leute dem Obersten Gerichtshof der USA. unterbreitet. Dort wurden die Verurteilungen umgestoßen und die Leute in Freiheit gesetzt. Die ganze Sache war ein klassisches Bild der Sklavenverhältnisse in diesem Gebiet.

Zu der Ueberflutungslage gehört auch die große Wanderung der Neger vom Süden während der vergangenen Jahrzehnte. 2 Millionen Neger haben den Süden verlassen. Arbeitsgelegenheit in der Industrie, Sicherheit vor den Angriffen des Pöbels, bessere Lohn- u. Erziehungsmöglichkeiten zogen sie nordwärts, die schweren Unterdrückungen trieben sie fort aus dem Süden. Die Plantagenbesitzer fürchteten sehr, ihre

Was ist der historische Materialismus?

Von Hermann Gorter.

Für jeden, der das gesellschaftliche Leben um sich her beobachtet, ist es klar, daß die Mitglieder der Gesellschaft in bestimmten Verhältnissen zueinander leben. Gesellschaftlich sind sie zu einander nicht gleich, sondern sie stehen auf höherer und niederer Stufe und in Gruppen und Klassen ebenander gegenüber. Der oberflächliche Zuschauer könnte meinen, daß diese Verhältnisse nur Eigentumsverhältnisse seien; die einen besitzen Grund und Boden, die anderen Fabriken oder Produktionsmittel oder zum Verkauf bestimmte Waren, andere besitzen nichts. Der oberflächliche Zuschauer könnte auch meinen, daß der Unterschied hauptsächlich ein politischer sei: einige Gruppen verfügen über die Staatsgewalt, andere haben darauf keinen oder fast keinen Einfluß. Wer aber tiefer blickt, bemerkt, daß hinter den Eigentums- und politischen Verhältnissen Produktionsverhältnisse stecken, das heißt, Verhältnisse, worin die Menschen zueinander stehen beim Produzieren dessen, was die Gesellschaft braucht.

Arbeiter, Unternehmer, Reeder, Rentiers, Großgrundbesitzer, Pächter, Großhändler und Krämer, sie sind es, was sie sind, durch den Platz, den sie im Produktionsprozeß, in der Bearbeitung und der Zirkulation der Produkte einnehmen. Dieser Unterschied ist noch tiefer als der, daß der eine Geld hat und der andere keines. Die Verarbeitung der Naturschätze ist ja die Grundlage der Gesellschaft. Wir stehen zueinander in Arbeits-, in Produktionsverhältnissen.

Worauf stützen sich nun diese Arbeitsverhältnisse? Schwächen die Menschen als Kapitalisten und Arbeiter, Großgrundbesitzer Pächter und Tagelöhner, und wie all die anderen Arten von Mitgliedern der Gesellschaft sonst noch heißen mögen, nur so in der Luft? Nein, sie stützen sich auf die Technik, auf die Werkzeuge, womit sie in der Erde, in der Natur arbeiten, die Industriellen und die Proletarier stützen sich auf die Maschine, sind von der Maschine abhängig. Wenn es keine Maschinen gäbe, so gäbe es auch keine Industriellen und keine Proletarier, jedenfalls nicht solche, wie jetzt. Der einfache Webstuhl erzeugte die Arbeit im Hause durch die eigene Familie, der zusammengesetzte hölzerne Webstuhl erzeugte eine Gesellschaft mit kleinen Meistern und Gesellen, die große durch Dampf oder Elektrizität getriebene eiserne Webmaschine eine Gesellschaft mit Großindustriellen, Aktionären, Direktoren, Bankiers und Lohnarbeitern. Die Produktionsverhältnisse schweben nicht wie Rauch- oder Dunststreifen in der Luft, sie bilden feste Rahmen, worin die Menschen gefaßt sind. Der Produktionsprozeß ist ein materieller Prozeß, die Werkzeuge sind wie die Eck- und Stützpunkte der Rahmen, worin wir stehen.

Die Technik, die Werkzeuge, die Produktivkräfte sind der Unterbau der Gesellschaft, das Großindustriellen-Grundlage, worauf sich der ganze riesenhafte und so verwickelte Organismus der Gesellschaft erhebt. Die nämlichen Menschen jedoch, die ihre gesellschaftlichen Verhältnisse nach ihrer materiellen Produktionsweise bilden, bilden auch nach diesen Verhältnissen ihre Ideen, ihre Vorstellungen, ihre Anschauungen, ihre Grundsätze. Die Kapitalisten, die Arbeiter und die anderen Klassen, die durch die Technik der Gesellschaft, worin sie leben, gezwungen werden, in bestimmten Verhältnissen zu stehen — als Meister oder Knecht, Eigentümer und Besitzloser, Grundbesitzer, Pächter, Tagelöhner — zueinander stehen, die nämlichen Kapitalisten und Arbeiter usw. denken auch als Kapitalisten, Arbeiter usw. Sie bilden ihre Ideen, ihre Vorstellungen nicht als abstrakte Wesen, sondern als die sehr konkreten wirklichen lebendigen Menschen, die sie sind, als gesellschaftliche, in einer bestimmten Gesellschaft lebende Menschen. Also nicht nur unsere materiellen Verhältnisse hängen von der Technik ab, stützen sich auf die Arbeit, auf die Produktivkräfte, sondern es gewinnt somit auch unserer materiellen Verhältnisse und unter diesen Verhältnissen denken, hängen auch unsere Gedanken unmittelbar von diesen Verhältnissen und also mittelbar von den Produktivkräften ab.

Das moderne gesellschaftliche Sein des modernen Proletariers ist von der Maschine geschaffen worden. Seine gesellschaftlichen Gedanken, die dem Verhältnis entspringen, worin er als Proletarier steht, stützen sich also mittelbar auf das moderne Maschinenwesen, hängen direkt davon ab. Und so ist es mit allen Klassen der Gesellschaft. Denn die Verhältnisse, worin einzelne Menschen zueinander stehen, gelten nicht für sie allein. Gesellschaftlich steht der Mensch nicht in einer besonderen, nur ihm eigenen Beziehung zu anderen; er hat viele seinesgleichen, die in genau demselben Verhältnis zu anderen stehen. Ein Arbeiter — um bei diesem Beispiel zu bleiben — steht nicht allein als Lohnarbeiter anderen Menschen gegenüber, er ist einer von vielen, er ist Mitglied einer Klasse von Millionen, die sich als Lohnarbeiter in der nämlichen Lage befinden wie er. Und so ist es mit jedem Menschen in der zivilisierten Welt; jeder gehört zu einer Gruppe, einer Klasse, deren Mitglieder sich zum Produktionsprozeß in der nämlichen Weise verhalten wie er. Es muß nicht wundern, daß ein Arbeiter, ein Kapitalist, ein Bauer usw. gesellschaftlich so denken wird, wie die Arbeitsverhältnisse ihn denken machen, sondern seine Anschauungen, seine Ideen, seine Vorstellungen werden in allgemeinen Zügen übereinstimmen mit denen von Hunderttausenden anderer, die sich in derselben Lage wie er befinden. Es gibt ein Klassendenken, wie es auch eine Klassenstellung im Arbeitsprozeß gibt.

Die Form, worin die Arbeitsverhältnisse der verschiedenen Klassen, der Kapitalisten, der Unternehmer, der Arbeiter usw. ans Licht treten, ist in der kapitalistischen und im allgemeinen in der in Klassen gespaltenen Gesellschaft zugleich ein Eigentumsverhältnis. Kapitalisten, Kaufleute, Lohnarbeiter, Bauern haben nicht nur in der Produktion eine ihnen eigentümliche Stellung inne, sondern auch in dem Besitz, in dem Eigtum. Der dividendenentreichende Aktionär spielt im Produktionsprozeß nicht nur die Rolle des Geldleihers und des Schmarotzers, sondern er ist auch Miteigentümer der Unternehmung, der Produktionsmittel, des Grundstücks, der Werkzeuge, der Rohstoffe, der Produkte. Der Kaufmann ist nicht nur Austauscher, Zwischenperson, sondern auf Besitzer der Kaufwaren und des Handelsgewinns. Der Arbeiter ist nicht nur der Verfertiger von Gütern, sondern auch Besitzer seiner jedesmal von ihm verkauften Arbeitskraft und des dafür erhaltenen Preises. Mit anderen Worten, Arbeitsverhältnisse sind in einer Gesellschaft, die in Klassen gespalten ist, zugleich Eigentumsverhältnisse.

Nicht immer war das so. In der primitiven kommunistischen Gesellschaft waren Grund und Boden, das gemeinschaftlich gebaute Haus, die Viehherden, kurz, die hauptsächlichsten Produktionsmittel, gemeinschaftliches Eigentum. Man verrichtete hauptsächlich gemeinschaftlichen Arbeiten, man aß gemeinsam, man war, abgesehen von dem Unterschied in Geschlecht und Alter, im Produktionsprozeß einander gleich, und im Eigentum gab es keinen oder nur einen geringen Unterschied. Nachdem aber die Arbeitsteilung so weit gekommen war, daß besondere Berufsarten entstanden, und nachdem durch bessere Technik und Arbeitsteilung ein Ueberschuß über das für das Leben direkt Notwendige produziert wurde, wußten einige durch Wissen oder Streitbarkeit hervorragende Berufe, wie die der Priester oder der Krieger, sich diesen Ueberschuß und schließlich auch die Produktionsmittel anzueignen. So sind die Klassen entstanden und ist das Privateigentum die Form geworden, worin die Arbeitsverhältnisse ans Licht treten.

Durch die Entwicklung der Technik und durch die Teilung der Arbeit sind also die Klassen entstanden. Klassenverhältnisse und Eigentumsverhältnisse beruhen auf der Arbeit. Durch die Entwicklung der Technik, die einige Berufe in den Stand setzte, sich der Produktionsmittel zu bemächtigen, entstanden Besitzende und Besitzlose und ward die große Menge des Volkes zu Sklaven, Leibeigenen, Lohnarbeitern. Und der Ueberschuß, den die Technik, die Arbeit über das unmittelbar Notwendige hinaus erzeugt, ist immer größer geworden und immer größer wurde also der Reichtum der Besitzenden und immer schroffer wurde also der Klassengegensatz zu den Besitzlosen. In gleichem Maße wuchs also auch der Klassenkampf, der Kampf, den die Klassen um den Besitz der Produkte und der Produktionsmittel miteinander führten, und so wurde es zur allgemeinen Form des Kampfes ums Dasein der Menschen in der Gesellschaft. Die Arbeitsverhältnisse sind Eigentumsverhältnisse, und Eigentumsverhältnisse sind Verhältnisse der mit ehnander kämpfenden Klassen, und alle zusammen beruhen sie auf der Entwicklung der Arbeit, gehen sie hervor aus dem Arbeitsprozeß, aus der Technik.

Aber die Technik steht nicht still. Sie ist in einer rascheren oder langsameren Entwicklung und Bewegung begriffen, die Produktivkräfte wachsen, die Produktionsweise ändert sich. Und wenn die Produktionsweise sich ändert, müssen sich notwendig auch die Verhältnisse ändern, worin die Menschen im Arbeitsprozeß zueinander stehen. Das Verhältnis der früheren Meister, Kleister zueinander und zu ihren Gesellen ist ein ganz anderes, als jetzt das Verhältnis der großen Unternehmer zueinander und zu dem Lohnproletariat. Die maschinenmäßige Produktion hat eine Aenderung der alten Verhältnisse. Und da in einer Klassengesellschaft Produktionsverhältnisse zugleich Eigentumsverhältnisse sind, werden mit den ersten auch die zweiten umgewälzt. Und da die Anschauungen, Vorstellungen, Ideen usw. sich bilden innerhalb der Verhältnisse und nach den Verhältnissen, worin die Menschen leben, ändert sich ihr Bewußtsein auch, wenn die Arbeit, die Produktion und das Eigentum sich ändern: Arbeit und Denken sind in fortwährender Aenderung und Entwicklung begriffen: „Der Mensch verändert, indem er durch seine Arbeit die Natur verändert, sein eigenes Sein, seine eigene Natur." Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt das ganze gesellschaftliche Leben. „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt."

Aber auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktions- und Eigentumsverhältnissen, innerhalb der alten Verhältnisse können sich die neuen Produktivkräfte nicht entwickeln, sich nicht ausleben. Dann erhebt sich ein Kampf zwischen denen, die an den alten Produktions- und Eigentumsverhältnissen interessiert sind, und denen, die ein Interesse an der Entwicklung der neuen Produktivkräfte haben. Es tritt eine Epoche sozialer Revolution ein, bis die neuen Produktivkräfte den Sieg erringen und die neuen Produktions- und Eigentumsverhältnisse entstanden sind, innerhalb deren sie blühen können. Und durch diese Revolution ändert sich auch das Denken der Menschen, es ändert sich mit ihr und in ihr.

Dies ist kurzgefaßt der Inhalt unserer Lehre. In anschaulicher Darstellung kann man sie in folgender Weise noch einmal übersehen:

I. Die Technik, die Produktivkräfte bilden die Basis der Gesellschaft. Die Produktivkräfte bestimmen die Produktionsverhältnisse, die Verhältnisse, worin die Menschen im Produktionsprozeß einander gegenüberstehen. Die Produktionsverhältnisse sind zugleich Eigentumsverhältnisse. Die Produktions- und Eigentumsverhältnisse sind nicht nur Verhältnisse von Personen, sondern von Klassen. Diese Klassen-, Eigentums- und Produktionsverhältnisse (mit anderen Worten das gesellschaftliche Sein) bestimmen das Bewußtsein der Menschen, das heißt ihre Anschauungen über Recht, Politik, Moral, Religion, Philosophie, Kunst usw.

II. Die Technik entwickelt sich fortwährend. Die Produktivkräfte, die Produktionsweise, die Produktionsverhältnisse, die Eigentums-, die Klassenverhältnisse ändern sich demnach ununterbrochen. Das Bewußtsein der Menschen, ihre Anschauungen und Vorstellungen über Recht, Politik, Moral, Religion usw. ändern sich also auch mit den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften.

III. Die neue Technik gerät auf einer gewissen Stufe

Negerarbeiter zu verlieren, als die Flut zum Verlassen der Plantagen zwang.

Gerade in der Behandlung dieses Arbeiterproblems ist die Ursache berechtigter Beschwerde zu suchen. In vielen dieser Flüchtlingslager wurden die Neger sorgfältig bewacht, und wenn die Fluten zurückströmen und das Land trocknet, werden sie nur zu dem Landherren entlassen, von dessen Pflanzungen sie kamen. Zum Beispiel, das Gebiet, aus welchem die Flüchtlinge auf den National — Friedhof von Vicksburg placiert wurden. Dieses Gebiet umfaßt Teile von 5 Mississippi Counties und 4 andere ganz. Nach der Statistik der USA. für 1925 bestand dort die Bevölkerung aus 173 000 Personen. Davon waren 80 Prozent Neger.

General Green und D. Underwood baten Dr. H. H. Boswerth inständig, verschiedene Punkte des Delta zu besuchen, um die Umsiedlung aus den Flüchtlingslagern zu beschleunigen, indem sie den Pflanzern und Geschäftsleuten erklärten, daß ihre Arbeiter in allen autorisierten (der Regierung unterstehenden) Lagern von den Arbeiterwerbern beschützt werden würden. General Green kann nicht für diese Sache in nicht autorisierten Lagern verantwortlich gemacht werden", erklärte Dr. Underwood.

Man glaubt, daß der Hauptgrund, warum so viele Flüchtlinge in den kleinere Lagern bleiben, wie es unmöglich ist, für ihre Gesundheit zu sorgen, auf Rechnung der Furcht der Plantagenbesitzer zu stellen ist, ihre Arbeiter könnten durch Werber in andere Teile des Staates entführt werden.

„Dies ist in den Regierungslagern von Anfang an verhindert worden. Alle Arbeiter in diesen Lagern werden festgehalten und ihnen nicht gestattet, in andere Teile des Staates zu gehen. Nachdem die Ueberschwemmungsgefahr vorüber ist und sie ihre Arbeit wieder aufnehmen können, werden sie zu ihren Heimstätten in den verschiedenen Teilen der Delten, woher sie kamen, zurückgeliefert werden."

Es ist wohl kaum nötig, hinzuzufügen, daß man nur von Negerarbeitern spricht. In Vicksburg sprach ich ausführlich mit General Green, der sehr zuvorkommend zu mir war. General Green, Befehlshaber der National Wachttruppen in Mississippi, mit dem Hauptquartier in Vicksburg, erklärte mir, das System, nach welchem ein Plantagenbesitzer oder sein Vertreter mit Begleitpapieren ins Lager kommt, um „seine Neger" zu identifizieren, und dann diese Neger zu den Plantagen zurückzunehmen, woher sie kamen.

In Cleveland, Mississippi, wurde am 5. Mai eine Versammlung der Exekutive des Komitees der Bürgerhilfe abgehalten. Dieses Bild von der gesetzlichen Negersklaverei im Süden erhielt J. C. Mih. Mullen, leitender Direktor des Roten Kreuz-Hilfswerks von Cleveland. Die Vicksburg Abend-Post vom 5. Mai schreibt darüber u. a.:

„. . . . die Sache von Gesellschaften, welche weite Teile von den nicht überflutenden Sektionen des Delta einnahmen, die nach Cleveland kommen mit der Aussicht und zu dem Zweck, die Erlaubnis zu erhalten, Familien aus dem Lager zu nehmen und sie auf ihren eigenen Plantagen anzusiedeln, wurde gründlich diskutiert und betrachtet. Das Resultat: man legte die Entlassung von Familien und einzelnen Personen nach anderen Gesellschaften als denjenigen, für welche sie sich vorher für das Jahr verpflichtet hatten, und zwar in die Hände von V. W. Thomas. Mr. Thomas wurde vom Komitee dahin instruiert, daß keine Familie oder Individuum aus dem Lager entlassen werden sollte, ohne die schriftliche Einwilligung des Landherrn, von dessen Plantage der Arbeiter gekommen und der persönlichen Aufforderung oder Bevollmächtigung des Besitzers."

Ich hörte von vielen Lagern, darunter aus den schönen Gründen von Memphis, daß die Neger den Wachen, die ihre Camps umstellt hatten, auswichen und entkamen, auf eigene Faust sich veränderten. Sie wollten lieber Nahrung, Obdach, Kleidung und ärztliche Hilfe entbehren, als in die Sklaverei auf den Plantagen zurückkehren, von denen die überschäumenden Wasser sie vertrieben hatten.

Diese Beispiele sind typisch für viele. Die, die die Leitung und Verantwortung für die Ueberschwemmungshilfe in Händen halten, erlauben, so glaube ich, ob absichtlich oder nicht, daß ihre Organisationen dazu mißbraucht werden, um weiterhin die Neger zu versklaven, oder sklavische Zustände in vielen Teilen des Ueberschwemmungsgebietes fortdauern zu lassen.

Die höheren Beamten des Roten Kreuzes, ausgezeichnete Männer wie Dr. Williams Kedden, Erster medizinischer Offizier des Roten Kreuzes, sind durchaus solcher Ausnutzung des Unglücks entgegen. Da war zum Beispiel das Problem, wie man die Leidenden, die in ihre Hütten zurückgekehrt waren, unterstützen sollte. Da, wo Weiße aber freiwillig zu den Plantagen, woher sie gekommen, zurückzugehen sich entschlossen hatten, offensichtlich die einfachste und wirtschaftlichste Methode der Verteilung, da 50, 100 oder 200 Personen auf eine Plantage gehören, wäre gewesen, die Lebensmittel für alle dem Besitzer zu übergeben. Die Neger fürchteten solche Absichten. Sie wußten, daß die Grundbesitzer behaupten würden, sie hätten diese Lebensmittel bezahlt und demgemäß von den Negern Entgelt verlangen würden. Sie wandten sich deswegen an die betreffenden Beamten, das Rote Kreuz, mit dem Erfolg, daß Befehl erging, Lebensmittel dürften nicht gemeinsam, sondern nur an Einzelpersonen vergeben werden.

Zu hunderten sind Neger mit der Gewehrmündung gezwungen worden auf den Deichen zu arbeiten, noch lange nachdem man bestimmt wußte, daß diese brechen würden. Diese halbversklavten Negerarbeiter waren es, die alle die gefährliche und mühevolle Arbeit leisteten, die überschwemmenden Fluten zu bekämpfen. Furchtbar, wie viele dieser Geschichten sind, so sind sie doch fast nur unvermeidbare Produkte jener gewaltigen Katastrophe und Teile des altläglichen Bildes der wirtschaftlichen und Rassenlage in bestimmten Teilen des Südens. Die größte und bezeichnendste Ungerechtigkeit gegen die Neger ist die Verweigerung der Freizügigkeit und des Rechtes ihre Arbeit dem, der mehr bietet, zu verkaufen. Wird darauf bestanden, so wird eine neue Sklaverei geschaffen und kristallisiert, fast ebenso schlimm wie ihre alte.

So weit der Artikel. Kommentar ist wohl überflüssig. Dieses Bild von der gesetzlichen Negersklaverei im Süden ergänzt vortrefflich das Bild des Falles Sacco und Vanzetti von dem Land, das das Urbild kapitalistischer Freiheit und bürgerlicher Demokratie, die Sehnsucht aller Plutokratie ist. Das Land, das mit dem laufenden Band als Marterpfahl die letzte Hoffnung der gewerkschaftsreuen Proletarier und deklassierten Kleinbürger ist.

Proletarisches Notizbuch

Die Völkerbundstagung ist beendet. Kein vernünftiger Mensch in der Welt ist im Zweifel, daß die Komödianten obendrein noch erbärmlich schlecht gespielt haben.

Ganz wie bei uns. WTB. Paris, 27. September. Die kommunistischen Abgeordneten Duclos und Marty, die zur Zeit eine Gefängnisstrafe verbüßen, sind heute wegen Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam zum Zwecke anarchistisch-terroristischer Propaganda zu je fünf Jahren Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe verurteilt worden. Mit ihnen wurden wegen des gleichen Vergehens abgeurteilt der Irshere und der gegenwärtige Geschäftsführer der „Humanité" und drei weitere Kommunisten, gegen die sämtlich auf je drei Jahre Gefängnis und 2000 Franken Geldstrafe erkannt wurde.

Schon laut. Nach neuesten Meldungen haben 80 Prozent der mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter die vom Bergarbeiterverband herausgegebenen Kündigungszettel unterschrieben. Für Sonntag ist eine Funktionärkonferenz in Halle anberaumt, die endgültig die Maßnahmen des Bergarbeiterverbandes beschließen soll. — Wenn sich die Bergarbeiter auf den Bergarbeiterverband verlassen, — dann sind sie verlassen!

Ein russisch-polnischer Nichtangriffspakt? WTB. Warschau, 27. September. Das polnische Außenministerium teilt mit, daß die letzten Besprechungen zwischen dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, und dem polnischen Gesandten in Moskau, Patek, zur Uebereinstimmung in einzelnen Punkten des Nichtangriffspaktes geführt hätten.

Wirtschaft

Wirtschaft und Arbeitslosigkeit in Frankreich

Der Rückgang des Beschäftigungsgrades und die Stockung des Absatzes als Folge der Stabilisierung hatte auch in Frankreich zu umfangreichen Betriebsreduktionen geführt, die nach außenhin ihren sichtbarsten Ausdruck in beträchtlichen Arbeiterentlassungen fanden. Im Vergleich zu anderen Ländern allerdings hatte sich die Zahl der Arbeitslosen in bescheidenen Grenzen gehalten. Sie hat zu Beginn des laufenden Jahres mit 97 000 unterstützten Beschäftigungslosen ihren Höchststand erreicht und ist seitdem ständig zurückgegangen. Nach der letzten Statistik ist sie bereits wieder unter 15 000 gesunken.

In etwas voreiligem Optimismus hatte man darauf vielfach gefolgert, daß die unvermeidliche Sanierungskrise unerwartet glimpflich abgelaufen sei und bereits als beendet angesehen werden dürfe. Diese Betrachtungsweise hat sich jedoch keineswegs bewahrheitet. Die Krise besteht nicht nur fort, sondern sie scheint erst jetzt in ihr akutes Stadium zu treten. Nahezu alle Manometer, an deren Stand man die wirtschaftliche Aktivität eines Landes zu messen pflegt, weisen in Frankreich seit einiger Zeit starke rückläufige Bewegung auf.

Das gilt in erster Linie von der Lage des Arbeitsmarktes. Der Verminderung der Arbeitslosenziffer steht keineswegs ein tatsächlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber. Die Reduktion der Zahl der Unterstützungsberechtigten ist zu einem großen Teil dadurch erzielt worden, daß die Industrie im Einvernehmen mit den zuständigen Regierungsstellen es sehr geschickt verstanden hat, sich des Sicherheitsventils zu bedienen, das die ungewöhnlich starke Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte der französischen Wirtschaft im Krisenfalle bot. Nach der offiziellen Statistik sind in der Landwirtschaft und der Industrie Frankreichs über 1,5 Millionen fremder Arbeiter tätig, die zuerst abgeschoben wurden.

Wie groß die Zahl der seitdem abgeschobenen Italiener, Polen, Tschechoslowaken und Ungarn — die das Hauptkontingent dieser Reservearmee bilden — ist, entzieht sich der zifferngemäßen Feststellung, da darüber bisher nur ganz sporadisch Angaben gemacht worden sind. Immerhin hat in manchen Wochen die „Rückwanderung" sich auf 5000 bis 6000 Personen belaufen, und allem Anschein nach ist die Zahl der seit Beginn dieses Jahres abgeschobenen Ausländer höher als der Rückgang der Ziffer der unterstützten Arbeitslosen.

Trotz dieses Palliativs aber hat sich auch für die französische Arbeiterschaft die Lage auf dem Arbeitsmarkt keineswegs gebessert. Die Arbeitslosigkeit besteht in verschärftem Maße fort. Sie hat in einer anderen Formen angenommen. Um neue Arbeiterentlassungen zu vermeiden, ist man in zahlreichen Betrieben zu einer **Kürzung der Arbeitszeit** und zur Einlegung von **Feierschichten** übergegangen. Im Bergbau, in der Schwerindustrie, in der Holzverarbeitung, der Textilindustrie und vielen anderen Gewerbezweigen gibt es heute kaum mehr einen Betrieb, der seine Belegschaft voll zu beschäftigen in der Lage wäre. In der Schwerindustrie kommt dies in einem ständigen Rückgange der Produktionsziffern deutlich zum Ausdruck. So ist die Eisenerzeugung von 794 175 Tonnen im Monat Mai auf 769 095 und 746 644 in den Monaten Juni und Juli gesunken. Die Kohlenförderung ist von 4,8 Millionen Tonnen im Monat März auf 4,2 Millionen im Juli zurückgegangen, und trotzdem häufen sich infolge der verringerten Absatzmöglichkeit die Vorräte auf den Halden.

Sehr viel stärker, wenn auch noch nicht in exakten Zahlen vorliegend, ist die **Produktionsverminderung in den weiterverarbeitenden Industrien.** Ein unzweideutiges Symptom dafür bietet in dem scharfen Rückgang des Güterverkehrs auf den französischen Eisenbahnen. Seit Anfang Juli weisen die Einnahmen der französischen Eisenbahnnetze eine von Woche zu Woche zunehmende Verminderung der Einnahmen aus dem Güterverkehr auf. So sind trotz der beträchtlichen Erhöhung der die Gütertarife im Sommer des letzten Jahres erfahren haben, die Bruttoeinnahmen der sieben großen französischen Eisenbahngesellschaften in der Woche vom 13. bis 19. August um über 30 Millionen Fr. geringer gewesen als in der gleichen Woche des Vorjahres. Das ist eine Verminderung um reichlich 11 Prozent, die jedoch von dem effektiven Rückgang des Werkehrs noch beträchtlich übertroffen wird.

Für die Zeit vom 1. Januar bis 12. August beläuft sich die Verminderung der Grundeinnahmen auf 306,9 Millionen Fr. gleich 13,29 Prozent. Zu dem gleichen Ergebnis gelangt man übrigens durch einen Vergleich der Wagengestellungen. In der Woche vom 13. bis 19. August 1927 betrug die Zahl der auf den französischen Eisenbahnnetzen, transportierten beladenen Waggons 359 550 gegen 436 492 in der gleichen Woche des Vorjahres, das ist eine Verminderung von 17,66 Prozent. Für die Zeit vom 1. Januar bis 19. August sind im ganzen 1 058 113 Waggons weniger beladen worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres (— 7,8 Proz.). Auch hier zeigt sich also, daß der Rückgang des Verkehrs gerade in den letzten Wochen eine rasch steigende Tendenz angenommen hat.

Diesen beunruhigenden Symptomen stehen allerdings andere gegenüber, die auf den ersten Blick nicht nur die Existenz einer ökonomischen Krise dementieren, sondern den Schein ungebrochener Kraft und Prosperität zu geben scheinen. Dazu gehören vor allem die über die Voranschläge nicht unbeträchtlich hinausgehenden Ueberschüsse der staatlichen Einnahmen und die Steigerung des französischen Exports. Die daraus gezogenen optimistischen Folgerungen halten jedoch einer kritischen Prüfung nicht Stand. Wenn zum Beispiel aus den gesteigenden Ergebnissen der Umsatzsteuer geschlossen wird, daß der Warenverkehr nicht zurückgegangen sein könne, sondern im Vergleich zum Vorjahre beträchtlich zugenommen haben müsse, so handelt es sich hier um einen Irrtum. Denn in Wirklichkeit sind die erhöhten Einnahmen lediglich die Folge der seit dem Vorjahre um reichlich 30 bis 40 Prozent gestiegenen Preise, der schärferen Erfassung und Kontrolle der Steuer und vor allem des Umstandes, daß die Veranlagung auf Grund der Ergebnisse des vorangegangenen Geschäftsjahres erfolgt. Das Jahr 1926 aber war in Frankreich ein Jahr ausgesprochener Hochkonjunktur.

Etwas anders liegen die Dinge beim Außenhandel. Frankreich hat in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres tatsächlich etwa zwei Millionen Tonnen mehr ausgeführt als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres. Die „Usine", das Blatt der Eisen und Metall verarbeitenden Industrie klagt jedoch seit Monaten darüber, daß die Mehrzahl der Fabrikanten nicht nur ohne Gewinn, sondern vielfach sogar zu Verlustpreisen nach dem Auslande verkaufen und das Auslandsgeschäft forciere, nur um der Stillegung ihrer Betriebe zu entgehen. Einen etwas summarischen Anhaltspunkt dafür gewinnt man, wenn man Wert und Gewicht der Ausfuhr der beiden letzten Jahre miteinander vergleicht. Es ergibt sich dann, daß für die Tonne exportierter Waren der Durchschnittswert im Juli 1927 nur 1360 Fr. betragen hat gegen 1750 im gleichen Monat des Vorjahres. Bei den Fertigwaren ist die Spannung noch beträchtlich größer: 5700 Fr. für die Tonne im Juli 1927 gegen 8130 Fr. im Juli 1926, während auf dem Inlandsmarkte in der gleichen Zeit die Großhandelspreise nur eine leichte Senkung erfahren, die Kleinhandelspreise dagegen sogar noch angezogen haben.

Die Exportsteigerung kann unter diesen Umständen nur als die Folge eines ausgesprochenen **Schleuderausverkaufs** angesehen werden, und dieser Eindruck wird bestätigt durch die Tatsache, daß überall da, wo die französische Industrie durch internationale Preiskonventionen gebunden ist, sie infolge ihrer noch zu hohen Gestehungskosten nicht einmal die bisherigen Absatzmärkte zu behaupten imstande war. So haben im letzten Quartal die französischen Eisen- und Stahlwerke die ihnen im Rahmen des internationalen Stahlkartells eingeräumten Kontingente nicht voll auszunützen vermocht. Sie sind darunter um 18 Prozent zurückgeblieben, während Deutschland und die anderen Länder ihre Quoten beträchtlich überschritten haben. Die unausbleibliche Folge ist, daß die Peitsche der Rationalisierung stärker als bisher auf das französische Proletariat herniedersausen wird. Und das wird dem französischen Proletariat mehr als bisher zeigen, daß der „Sieg" des französischen Kapitalismus an der Klassenlage des Proletariats nichts ändert.

Die revolutionäre Presse

ist die unersetzliche Waffe in den Händen des revolutionären Arbeiters.

Kein Preis darf zu hoch sein

um sie zu stützen und auszubauen. Ihr Kampf ist euer Kampf, ihre Not eure Not.

Unterstützt die „KAZ."

durch Sammlungen für den Pressefonds, durch Werbung neuer Leser und ihr kämpft mit ihr

für die Revolution!

Mitteilungen

Reich

Leipzig.

Sympathisierende der KAP. und AAU. jeden Freitag abend im „Leutzscher Tor", Lindnau, Flemming-, Ecke Leutzscherstraße.

Nürnberg.

Abonnementsannahme: Kommunistische Arbeiter-Zeitung (monatlich 1,20 Mk.). Kampfruf (monatlich 0,60 Mk.), Proletarier (monatlich 0,50 Mk.), Entschiedene Linke (monatlich 0,20 Mk.), Rote Jugend (monatlich 0,10 Mk.), Der Erwerbslose (monatlich 0,05 Mk.) bei L. Hierer, Eberhardshofstr. 18.

An alle Genossen der Kommunistischen Arbeiter-Jugend Deutschlands.

Einige Funktionäre und Mitglieder des BAA. und RAA. der KAJ., die sich mit dem organisationsschädigenden Verhalten bereits außerhalb der Partei stehender Elemente solidarisieren, sind im Besitze sämtl. Organisationsmaterials.

Sie versuchen die Jugend gegen die KAPD. zu mißbrauchen.

Deshalb teilen wir hierdurch mit, daß die „Rote Jugend" vorläufig nicht erscheint und sämtliche Mitgliedskarten und Org.-Stempel bis auf weiteres gesperrt sind. Alle Anschriften für die KAJD. sind an den GHA. der KAP. (Jugend) unter der Adresse: Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu richten.

KAJ. Groß-Berlin. — Ortsgruppe: Wedding, Köpenick.
GHA. der KAP.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Berlin-Wedding.

Die KAJ.-Wedding tagt jeden Freitag zusammen mit der Partei und Union im Lokal „Weiße Taube", Schulstr., Ecke Prinz Eugenstr.

KAJ. Wedding.

Der Rummel zur 3. deutschen Jungarbeiter-Delegation geht los.

Wir werden in einer der nächsten Nummern der KAZ. dazu Stellung nehmen.

Alle Ortsgruppen der KAJ. im Reich fordern wir auf, schon jetzt Propaganda-Nummern zu bestellen.

Groß-Berlin

Den Bezirksführern der Partei zur Kenntnis, daß die 40. Beitragswoche eine Unionswoche ist und findet demzufolge am Mittwoch, den 5. Oktober die 22. Kommissions-Sitzung statt.

Für die 41. Beitragswoche findet die Sitzung der Zentrale am 11. Oktober an bekannter Stelle statt.

Der Arbeitsausschuß.

Wilmersdorf. Am Freitag, den 7. Oktober, abends 7,30 Uhr, findet im Heim, Eisenbahnstr. 28, ein

Oeffentlicher Diskussionsabend

statt. Thema: Die proletarische Revolution und ihre Taktik.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur. Willy Iszdonat, Berlin O 17.

„Proletarier"
Monatsschrift für Theorie und Praxis des Marxismus.
Der „Proletarier" ist kein Parteiorgan. Sein Inhalt ist diktiert vom Klasseninteresse für die Klasseneinheit. In seinen Spalten werden alle Fragen, die die Arbeiterklasse berühren, wissenschaftlich, aber in allgemein verständlicher Form vom Gesichtspunkt der materialistischen Geschichtsbetrachtung behandelt. Ein Abonnement auf den „Proletarier" bietet einen ständigen Querschnitt durch Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, national und international. Die Feuilletons bringen wissenswertes aus allen Gebieten der Kultur, der Ethik u. a. Die ständigen und wechselnden Rubriken Geschichte, Technik, Kunst—Kino—Radio, Statistik u. a. liefern wichtige, für den Tageskampf und für das Ziel der Arbeiterklasse für jeden Arbeiter unentbehrliches Rüstzeug. Das gut ausgestattete, oft illustrierte Heft kostet 50 Pfennig. Gebundene Jahrgänge 1926 Mk. 6.—, 1925 Mk. 4.—. Zu beziehen durch den Verlag:
Buchhandlung für Arbeiterliteratur
Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

8. Jahrg. Nr. 77 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, Oktober 1927
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,20 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.
Inserate werden nicht aufgenommen.

Organisierter Streikbruch

In voriger Nummer der „KAZ" schrieben wir zu der Bewegung der Berliner Verkehrsarbeiter:

„Die Berliner Straßenbahner haben mit übergroßer Mehrheit den Streik beschlossen. Nachdem sie also beschlossen hatten, kam der Schlichter und fällte einen Schiedsspruch. Nachdem der Schiedsspruch gefällt war, erklärten die Gewerkschaftsführer, daß nun erst die Erklärungsfrist ablaufen müsse. Derweilen kann aber eine neue Abstimmung über den Schiedsspruch vorgenommen werden. Wenn diese vorgenommen ist, und der Schiedsspruch — wenn er den Unternehmern paßt — für verbindlich. Nach der Verbindlichkeitserklärung ist der Streik verboten, und die Straßenbahner sehen so, wie schon doch so eine Wirtschaftsdemokratie ist. Und dieses Narrenspiel kann beliebig lange fortgesetzt werden, wenn die Proleten sich an den gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Plunder kehren, anstatt, wenn sie schon weiter nichts wollen, als ein paar Pfennige mehr Lohn, dieser Demokratie einfach ihren Dreck vor die Füße zu werfen, und ihren Streik selbst zu entfesseln und zu führen."

Man könnte sich ersparen, dem Verlauf der „Bewegung" der Verkehrsarbeiter noch ein weiteres Wort hinzuzufügen. Da es sich jedoch nicht nur um die Verkehrsarbeiter handelt, sondern um das Proletariat als Klasse, möchten wir die Taktik der Gewerkschaften in diesem Kampfe chronologisch festhalten. Am Sonntag, den 2. Oktober schrieb der „Vorwärts" anläßlich einer Funktionärversammlung der Straßenbahner, die sich mit dem Schiedsspruch beschäftigte:

„Infolge der gespannten Situation war die Diskussion in der Versammlung zwar manchmal stürmisch, aber dennoch durchaus sachlich. Es wurden alle Momente ernst abgewogen. Im Mittelpunkt der Debatte stand natürlich die Frage des Streikbeginns. Die Funktionäre, die für den Streikbeginn am Sonntag früh eintraten, **taten dies lediglich wegen der Befürchtung, daß kurz nach dem Ablauf der Erklärungsfrist der Schiedsspruch für verbindlich erklärt würde** und den Straßenbahnern und der Organisation dann **die Hände gebunden seien.** Der andere Teil der Funktionäre war der Auffassung, daß der Ablauf der Erklärungsfrist erst abgewartet werden müsse, **wenn die Organisation von der Führung der Bewegung auszuschalten.** Nach einer bis fast Mitternacht anhaltenden Debatte wurde mit knapper Mehrheit beschlossen, den Streik nicht am Sonntag früh beginnen zu lassen, **sondern die weiteren Anweisungen der Organisation abzuwarten."**

Diesen Bericht zierte der „Vorwärts" mit der triumphierenden Ueberschrift: **Streikbeginn wird von der Organisation festgesetzt.**

•

Am Dienstag, den 2. Oktober konnte dann der Vorwärts frohlocken:

Kein Straßenbahnerstreik!

wobei die unverhohlene Freude, die Proleten einmal wieder gehörig eingeseift zu haben, in folgenden Sätzen zum Ausdruck kam, die dieser „Vorwärts" einer Funktionärversammlung widmete, die am 3. Oktober tagte:

„Um 7 Uhr abends ging den Organisationen die Mitteilung zu, daß der Reichsarbeitsminister **den Schiedsspruch für verbindlich erklärt habe.** Diese Mitteilung wurde von den Funktionären mit großer Entrüstung aufgenommen. In der ausgedehnten Debatte wurde hauptsächlich nur die Frage ernsthaft erörtert, ob trotz der Verbindlichkeitserklärung am Dienstag früh die Arbeit eingestellt werden soll oder nicht. Die Meinungen darüber waren natürlich sehr geteilt. In der geheimen Abstimmung beschlossen die Funktionäre mit 52 gegen 49 Stimmen bei zwei ungültigen Stimmen, nicht in den Streik zu treten.

Zu diesem Abstimmungsergebnis hat ohne Zweifel die Auffassung beigetragen, daß ein Streik, hinter dem die Organisation nicht stehen kann, wenig Aussicht auf Erfolg hätte."

Damit das Bild vollständig sei setzen wir noch hinzu, was die „Rote Fahne" zu diesem Streik zu sagen hat:

„Damit haben es wieder die Verbandsangestellten erreicht, einen sofortigen Streik abzuwürgen. Denn nur auf die Drohungen der Bürokratie hin wurde keine Mehrheit für sofortigen Streikbeginn erzielt. **Das darf kein Grund sein, aus dem Verband zu laufen, sondern jetzt erst recht: Hinein in den Verkehrsbund und die Funktionäre zum Montag be-auftragt, einmütig den Streik zu beschließen."** (Rote Fahne vom 2. Oktober.)

Und am 4. Oktober, nach dem verbindlich erklärten Schiedsspruch:

„Für alle Straßenbahner gilt es jetzt, die Lehren aus dieser Bewegung zu ziehen. Trotz des wochenlangen Zauderns der Gewerkschaftsbürokratie, was schließlich zur Verbindlichkeitserklärung durch das Reichsarbeitsministerium führte, darf kein Straßenbahner dem Verband den Rücken kehren. Die Bewegung hat gezeigt, daß die Kollegenschaft den festen Willen zum Kampf hatte, doch die Funktionäre versagten. **Die Mehrheit von ihnen ließ sich gefangen nehmen von den reformistischen Verbandsangestellten."**

•

Der wachsende Druck der Kapitalsoffensive ruft naturnotwendig im Proletariat den Gegendruck hervor. In allen Industriezweigen treibt die bittre Not, der Hunger, die Arbeitermassen zur Rebellion. Aber diese Massen erkennen noch nicht, daß die Wirtschaftsdemokratie zu einem Fangnetz, zu einem Stacheldrahtverhau vor den proletarischen Stellungen geworden ist, in der die Proletarier sich verfangen und verbluten. Es wird noch manche Niederlage kosten, bis breite Arbeitermassen erkennen werden, daß sie unter der Fuchtel der Gewerkschaften verloren und verkauft, und zur Ohnmacht verurteilt sind.

Die sogenannte Schlichtungsordnung ist sozialdemokratisch-gewerkschaftliches Machwerk. Die Gewerkschaften, das heißt in diesem Falle die Bürokratie geht nicht gefühlsmäßig zu Werk wie die Proletarier. Der „Platz an der Sonne", um den auch der deutsche Imperialismus kämpft, ist ein Kampf gegen die kapitalistische Konkurrenz. Um diese bestehen und den Gegner zu schlagen, oder ihn einholen zu können, rast die Rationalisierung, hält das laufende Band seinen Einzug, **und damit die Revolution der Produktionsverhältnisse. Eine dauernde** Armee von Erwerbslosen drückt auch in der „Konjunktur" auf die Ware Arbeitskraft. Der Aufstieg des Kapitalismus bedeutet die Pauperisierung des Proletariats.

Die Auflehnung gegen dieses Schicksal soll vermieden werden durch die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit dem Kapital. Im Falle eines Machtspruchs der Schlichtungsjustiz stehen Gewerkschaften und Kapitalisten in einer Front. **Nicht unsonst zahlt das Unternehmertum Millionen an die Gewerkschaften.** Sie sind zur Niederhaltung des Proletariats bestimmt. Dazu kommt noch die Kasernierung des Proletariats in den Streikbruchorganisationen selbst. Wer nicht „freiwillig" in die Gewerkschaften geht, wird aus dem Betrieb entfernt, und dem Hunger überliefert. So arbeitet das Proletariat selbst an jener „Demokratie", die ein raffiniertes System der Selbstentmannung, Selbsterniedrigung, Selbstversklavung, des Selbstmords ist.

Es ist der KPD. gar keine andere Möglichkeit gegeben, die Proletarier möglichst auf der Rebellion gegen diesen Selbstmord zu hindern, als die hämerische Illusion von der „Eroberung". Im Falle eines Kampfes gegen die Schlichtungspraxis werden nicht nur sozialdemokratische, sondern auch „kommunistische" Gewerkschaftsbesitzer schadenersatzpflichtig, das heißt, im Falle eines ernsthaften Kampfes müßten diese Gewerkschaften sich selbst als Tarifkontrahent ausschalten, weil sie vom kapitalistischen Staat nicht mehr als tariffähig anerkannt würden. Sie würden also zerbrechen und das Proletariat stünde im besten Falle vor einem Chaos, weil es mit der Illusion, daß die Gewerkschaften kämpfen könnten, in den Kampf ging. Da dieser Fall nie eintreten wird, ist es für die KPD. ein billiges Vergnügen, die Proletarier mit einer Fata Morgana zu narren. Es ist die einzige Möglichkeit, der gewerkschaftlichen Konterrevolution die Massen zuzutreiben.

Die Verkehrsarbeiter Groß-Berlins haben zum 2. Oktober pflichtgemäß und in vorbildlicher Disziplin die Kriegervereine, die faschistischen Verbände, den ganzen nationalistischen Pöbel aufgefahren, und so ihr Teil zum Gelingen des Aufmarschs der Konterrevolution beigetragen. Das war auch von den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen oberen Zehntausend so gewollt. Nachdem sie so die „Führung behielten", kommt nach dem gelungenen Streich der Sozialdemokrat Wissel und setzt einen Schiedsspruch unter das Spiel. Die Parole lautet: gehorchen, arbeiten und nicht verzweifeln. Sie lautet so bei den Verkehrs-, bei den Textil- wie bei den Bergarbeitern. Sie ist die Parole für das gesamte Proletariat. — Bis es durch Hunger und Verzweiflung, durch Verrat und Hohn, durch Blut und Tränen und durch die schier endlose Wiederholung dieses grausamen Spiels lernen wird, daß es aufstehen, sich seine Vertreter aus den Betrieben, die nicht in irgend welchen Gesetzen „verankert" sind, wählen und kämpfen muß, wenn es nicht untergehen will. Die KAPD. und AAU. sehen an diesen Beispielen immer wieder, daß die Zukunft trotzalledem in ihren Programmen verkörpert ist. Es kommt darauf an, sie im Proletariat lebendig zu machen. Hier harrt unser noch eine riesige Aufgabe.

Ehre, dem Ehre gebührt

Die deutsche Bourgeoisie erblickt in Hindenburg das Symbol seiner glorreichen Vergangenheit. Hindenburgs Laufbahn begann 1866 mit Königgrätz, führte 1870 über St. Privat zu Tannenberg im Jahre 1914. Er hat den gesamten Aufstieg und auch den Abstieg miterlebt. Seine spezielle Aufgabe soll die Fortsetzung des schon begonnenen imperialistischen Vormarsches sein. Mit der Siegesfeier in Tannenberg hat er dem deutschen Kapital den Weg in die Zukunft gewiesen.

Die deutsche Bourgeoisie jubelt ihm zu, weil er der Retter vor der russischen Invasion gewesen ist, die dem Kriege ein schnelles Ende bereitet hätte, und weil er der Retter aus dem „Chaos der Revolution" war, indem er sich der neuen Macht zur Verfügung stellte. Sein Mobilisierungspakt mit Ebert, seine scheinbare Unterwerfung unter die Oberhoheit der Volksbeauftragten, war die Ueberleitung zum Aufbau der kapitalistischen Ordnung. Hindenburg verhinderte damit die völlige Zerschlagung des militärischen Apparates der Bourgeoisie und ermöglichte die ruhige Bildung der Cadres der Konterrevolution. So wurde die erste Bresche in die bisher allein maßgebende Herrschaft der Arbeiter und Soldatenräte geschlagen. Die Aufzucht der Freikorps begann. Es entstand eine Militärmacht, die der Kontrolle der revolutionären Arbeiterschaft entzogen war. Noske konnte sich seine Landsknechte aus diesen Elementen zusammensuchen, mit denen er den Kampf gegen das Proletariat begann. Die Bourgeoisie weiß diesen Dienst sehr wohl zu schätzen und gab ihm zum zweiten Mal den Ehrenamen Retter aus der Not. Sie stellt sein Werk und ihn neben die Herren aus der Aufstiegszeit, neben den Reichsreichern von Stein und den „eisernen Kanzler" Bismarck. Er ist für sie noch der Mann des siegreichen Weltkrieges, dessen Feldherrngenie eine Welt von Feinden Jahre lang in Schach zu halten wußte. Der Zusammenbruch am Schluß, die Zurückweisung eines rechtzeitigen Friedens zählt nicht mit, denn dafür sind der Dolchstoß aus der Heimat und die Unvernunft eines Ludendorff verantwortlich.

Ehre, wem Ehre gebührt.

Hindenburg ist für die deutsche Bourgeoisie der Ausdruck deutscher Eigenart. Er hat nie den Glauben an die Mission des „deutschen Volkes" verloren. Mit eiserner Zähigkeit hat er den imperialistischen Gedanken in den Zeiten des schlimmsten Zusammenbruchs aufrechterhalten. Zu jeder Zeit und Stunde war er bereit, dem Vaterland zu dienen, so verkündet eine willfährige Journaille. Er verteidigte immer den Posten, auf den man ihn stellte. Der demokratische Monarchist ließ sich zum republikanischen Reichspräsidenten küren, weil das deutsche Kapital die Zeit für gekommen hielt, den nationalen Gedanken mit militärischen Würden zu schmücken. Er schwur den Eid auf die Weimarer Verfassung mit genau derselben stoischen Ruhe, wie er sich im Jahre 1918 dem verhaßten Sozialdemokraten Ebert zu höherem Ruhm des Vaterlandes zur Verfügung stellte. An die Stelle des „Mannes aus dem Volke" trat der kaiserliche Generalfeldmarschall. Er legte sich in das von Ebert zurechtgemachte Bett mit dem vollen Glanz seiner militärischen Lorbeeren und vertrieb aus ihm den letzten Ladergeruch der Revolution. Der noch an der Republik haftende proletarische Makel wurde damit restlos beseitigt. Hindenburg machte so die Republik hoffähig. Es begann für die deutschnationale Partei die glorreiche Zeit des „Weges zur Macht im Reich und den Ländern". Der Republikaner H